

UNI-REPORT

12. Januar 1977

JOHANN WOLFGANG GOETHE-UNIVERSITÄT FRANKFURT

Jahrgang 10 / Nr. 1

Mediziner-Klage blieb erfolglos

An der Universität Frankfurt gibt es auch weiterhin keine „Gerichtsmediziner“. Zum vierten Mal seit Ende 1975 ist der Frankfurter Universität – diesmal wieder vom hessischen Verwaltungsgerichtshof in Kassel (Az. VI TG 361/76) – in einem Musterfall bestätigt worden, daß sie nur Medizinbewerber mit einem ZVS-Zulassungsbescheid aufzunehmen braucht. Unbesetzte Medizin-Studienplätze, die eingeklagt werden könnten, gibt es auch nach diesem Beschluß nicht.

Der Verwaltungsgerichtshof hat seinen jetzt veröffentlichten Beschluß vom 8. Dezember 1976 unter anderem damit begründet, daß die von der ZVS im zentralen Vergabeverfahren zuzulassenden Studienbewerber Vorrang vor klagenden Studienbewerbern hätten. In dem vorliegenden Fall hatte der klagende Studienbewerber, der zunächst für das Sommersemester 1976 zugelassen werden wollte, jedoch von der ZVS wie dem Verwaltungsgericht Frankfurt abgewiesen worden war, versucht, über eine einstweilige Anordnung wenigstens für das noch laufende Wintersemester zugelassen zu werden. Er argumentierte damit, daß die Zulassungshöchstzahl für Studienanfänger von 180 im Sommersemester auf 198 im Wintersemester erhöht worden war. Dies beweise, daß zuvor die Kapazität nicht ausgeschöpft gewesen sei. Wenn er im Wintersemester nicht als Studienanfänger zugelassen werden könne, so müsse er zumindest für das 2. Studiensemester zugelassen werden, da ihm ja eigentlich im vorangegangenen Sommersemester ein Studienplatz zugestanden hätte.

Das Verwaltungsgericht lehnte zum einen eine rückwirkende Zulassung zum Sommersemester 1976 ab, weil der Studienbewerber dann im laufenden Wintersemester formell ein Student im 2. Fachsemester sei, tatsächlich aber Lehrveranstaltungen für das 1. Fachsemester besuchen würde. Damit käme es zu Konflikten mit den anderen, von der ZVS zugelassenen Studenten des 1. Fachsemesters, die die gleichen teilnahmebeschränkten Veranstaltungen besuchen müßten.

Zum anderen wäre auch dann eine Zulassung zum 2. Fachsemester nicht möglich, wenn der Studienbewerber tatsächlich die Lehrveranstaltungen für dieses Semester besuchen würde. Denn gleichzeitig mit der Erhöhung der Studienanfängerzahlen wurden auch die Studienplatzzahlen für das 2. bis 6. Fachsemester einheitlich auf 198 erhöht. Diese zusätzlichen Plätze sind von der Universität entsprechend den Bestimmungen der Vergabeverordnung vergeben worden.

Nach der Feststellung des Verwaltungsgerichtshofes besteht derzeit kein Grund zur Annahme, daß die Höchstzahl von 198 Studienplätzen pro Semester zu niedrig sei. Im übrigen sei zu berücksichtigen, daß eine Reihe von Gießener und Marburger Medizinstudenten den klinischen Teil ihres Studiums an der Universität Frankfurt absolvieren müßten.



Kleine Menschen haben es schwer, wenn sie im Hauptgebäude telefonieren wollen. Diese Telefonzellen im Gebäudeteil A sind so hoch angebracht, daß man das Geld nur auf Zehenspitzen stehend einwerfen kann. Vielleicht hat die Post ein Einsehen und stellt ein Fußbänkchen dazu.
 Foto: Heisig

Rückmeldung zum SS 1977

In diesen Tagen werden die Rückmeldeunterlagen an die Studenten der Universität Frankfurt verschickt. Wiederum besteht die Wahl zwischen der schriftlichen und der persönlichen Rückmeldung beim Sekretariat der Universität.

Die Mitarbeiter im Sekretariat bitten, sich **möglichst frühzeitig zurückzumelden, am besten noch vor den Semesterferien**. Dies liegt auch im eigenen Interesse der Studenten, die dadurch entweder langes Schlangestehen vor dem Sekretariat oder aber lange Wartezeiten bis zur Bearbeitung der Unterlagen vermeiden können.

Das Sekretariat ist geöffnet: montags bis freitags von 8.30 bis 11.30 Uhr.

Rückmeldefrist:

ab Zugang der Unterlagen bis 18. 2. persönlich, bis 10. 3. schriftlich.

Präsident: AStA bleibt im Amt

Der Präsident der Universität Frankfurt, Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp, hat als Rechtsaufsichtsbehörde am 20. Dezember die Wahl des Studentenparlamentes vom 14. bis 16. Juni 1976 für ungültig erklärt. Die Wahl war von einem Studenten der Liste der unabhängigen Fachbereichsgruppen wegen verschiedener Verstöße gegen die Wahlordnung angefochten worden. Die Erklärung der Ungültigkeit der Wahl hatte zur Folge, daß die bisherigen 22 Mitglieder des Studentenparlamentes abgesetzt waren. Der Präsident hat sie jedoch gleichzeitig mit seiner Verfügung kommissarisch eingesetzt. Dem kommissarisch amtierenden Parlament hat er zur Auflage gemacht, bis zum 7. Januar einen Termin für eine Wiederholungswahl noch in diesem Wintersemester anzusetzen. Falls das Studentenparlament diese Auflage nicht befolge, werde er selbst einen Wahltermin festsetzen und einen Wahlvorstand bestellen. Das Studentenparlament hat zwar am 7. Januar getagt, jedoch keinen Termin für Neuwahlen angesetzt. Am selben Tag hatte auch der AStA eine

Vollversammlung einberufen, auf der ebenfalls gegen die Festsetzung eines Wahltermins durch die Studentenschaft plädiert wurde. Allerdings hat die Studentenschaft beim Präsidenten Widerspruch gegen die Verfügung zur Ungültigkeit der Wahl eingelegt und gleichzeitig beim Verwaltungsgericht beantragt, die sofortige Wirksamkeit der präsidialen Verfügung auszusetzen. Von der Entscheidung des Verwaltungsgerichts, die im Laufe dieser Woche erwartet wird, hängt es ab, ob die Universität noch in diesem Semester Neuwahlen durchführen kann. Die vom Präsidenten festgestellte Ungültigkeit der Studentenparlamentwahl bezieht sich nur auf das Parlament, nicht auf den AStA, wie fälschlicherweise in Flugblättern wie auf der Vollversammlung behauptet wurde. Der derzeitige Frauen-AStA bleibt im Amt bis zur Wahl eines neuen AStA, sofern er im Rahmen des geltenden Rechts handelt. Denn der Präsident ging davon aus, das kommissarisch eingesetzte Studentenparlament keinen anderen als

den derzeitigen wählen würde. Nach sorgfältiger Prüfung hat der Präsident der Wahlanfechtung unter anderem aus folgenden Gründen stattgegeben:

1. Ein Teil der Studenten in Niederrad und in Niederursel war faktisch verhindert, sich an der Wahl zu beteiligen. Denn der Wahlvorstand hatte es trotz eines Antrags abgelehnt, an diesen Orten Wahlurnen aufzustellen.
2. Die studentische Gruppe der Liste der unabhängigen Fachbereichsgruppen wurde unter einem verkürzten Kennwort und mit Anführungszeichen versehen auf

den Stimmzetteln als „Unabhängige Fachbereichsgruppen“ ausgedruckt, womit dieser Gruppe unterstellt wurde, daß sie nicht unabhängig sei. Außerdem wurde diese Gruppe in einem Wahl-Info des AStA, in welchem alle studentischen Gruppen vorgestellt wurden, in unzulässiger Weise diskriminiert.

3. In einem der Wahllokale wurde Wahlpropaganda für die SHI betrieben.

Wie der Präsident gegenüber dem AStA als auch auf der Vollversammlung erläuterte, richtet sich seine Verfügung weder gegen die Institution der verfaßten Studentenschaft, noch gegen den „Frauen-AStA“. Als Rechtsaufsichtsbehörde sei er jedoch verpflichtet, darauf zu achten, daß studentische Wahlen rechtmäßig durchgeführt werden. Da er den vorliegenden Konflikt als einen juristischen, nicht als einen politischen, betrachte, habe er seine Verfügung so gefaßt, daß die Studentenschaft die Möglichkeit hat, das Verwaltungsgericht einzuschalten, ohne selbst in ihren Funktionen beeinträchtigt zu sein.

Die nächste Ausgabe von UNI-REPORT

erscheint am 26. Januar 1977. Redaktionsschluß ist der 21. Januar, in Ausnahmefällen auch später.

UNI-REPORT steht im Rahmen seiner Möglichkeiten allen Universitätsmitgliedern für Veröffentlichungen zur Verfügung.

Dr. A. Hübscher Ehrendoktor

Der Fachbereich Philosophie und die Gemeinsame Philosophische Promotionskommission der Universität Frankfurt haben am Montag bei einer Feierstunde Herrn Dr. Arthur Hübscher in Würdigung seiner wissenschaftlichen Verdienste den Grad eines Doktors der Philosophie honoris causa verliehen. Dr. Hübscher, dessen Lebenswerk dem Philosophen Arthur Schopenhauer gewidmet ist, erhielt damit die erste Ehrendoktorwürde des nach Inkrafttreten des Hessischen Universitätsgesetzes gebildeten Fachbereichs Philosophie. In seiner Laudatio hob Prof. Dr. Alfred Schmidt besonders hervor, daß Dr. Hübscher die Schopenhauersche Philosophie dem gegenwärtigen Bewußtsein zu erschließen vermochte. Dabei habe er seine philologisch-historischen

(Fortsetzung auf Seite 2)

Studienplätze im WS

An der Universität Frankfurt sind auch in diesem Wintersemester eine Reihe von Studienplätzen in NC-Studiengängen frei geblieben. In der ersten Spalte ist die Höchstzahl für das erste Fachsemester aufgeführt, in der zweiten die Zahl der frei gebliebenen Plätze.

ZVS-Studiengänge

Diplom/Magister/ Staatsexamen		
Anglistik	48	6
Betriebswirtschaft	227	—
Biologie	144	—
Chemie	96	3
Geographie	81	20
Germanistik	245	37
Geschichte	151	109
Lebensmittelchemie	10	—
Mathematik	103	36
Medizin	198	—
Pädagogik	217	—
Pharmazie	51	—
Physik	105	9
Politische Wiss.	37	—
Psychologie	44	—
Rechtswissenschaft	385	—
Romanistik	168	110
Soziologie	309	29
Volkswirtschaft	108	—
Wirtschaftspädag.	85	—
Zahnmedizin	30	—
LA Sonderschulen	84	—
	2926	356
		= 12,1%

Lehramt an:

Grundschulen		
Biologie	25	14
Chemie	10	10
Deutsch	44	1
Englisch	25	18
Französisch	5	4
Erdkunde	10	6
Geschichte	5	3
Kunst	20	1
Mathematik	33	8
Musik	15	10
Physik	5	5
Sport	10	—
Sozialkunde	15	10
	222	90
		= 40,5%

Haupt- und Realschulen

Biologie	75	29
Chemie	20	11
Deutsch	55	—
Englisch	70	32
Erdkunde	45	25
Französisch	40	17
Geschichte	40	26
Kunst	40	—
Mathematik	40	—
Musik	40	15
Physik	35	25
Sozialkunde	65	30
Sport	40	—
	605	195
		= 32,2%

Gymnasien

Biologie	35	—
Chemie	35	5
Deutsch	15	—
Englisch	85	4
Erdkunde	30	—
Französisch	75	20
Geschichte	55	33
Mathematik	72	11
Physik	35	4
Sport	15	—
Sozialkunde	40	1
	492	78
		= 15,9%

Interner NC

Geologie	28	6
Geophysik	10	—
Klassische Archäol.	16	11
Meteorologie	18	8
Mineralogie	33	24
mittl. u. neu. Kunstg.	55	—
Musikwissenschaft	26	10
Philosophie	77	35
Sportwissenschaft	132	113
Vor- u. Frühgesch.	22	16
Volkskunde	6	6
	423	229
		= 54,1%

Studiengänge ohne

Aufnahmebeschränkung

Diplom/Magister-Studiengänge Immas		
insgesamt:		109
davon in:		
Evangelische Theologie	37	
Völkerkunde	35	
Lehramtsstudiengänge		
insgesamt:		94
davon in:		
Evangelische Religion	30	
Katholische Religion	30	

Forschungsförderung

Stiftung Volkswagenwerk

Die Stiftung Volkswagenwerk hat im Dezember 1976 die Förderung eines gemeinsamen Forschungsprojekts von Prof. Werner Meißner, Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität Frankfurt, und Prof. Herman Wold, Universität Uppsala, mit einem Betrag von 335 000,- DM beschlossen. Das Projekt hat eine geplante Dauer von zwei Jahren. Dabei geht es um die Weiterentwicklung und Anwendung eines von dem schwedischen Ökonometriker Wold erfundenen Verfahrens zur Modellbildung und statistischen Schätzung zur Untersuchung sozialwissenschaftlicher Probleme, die wegen einer relativ unzureichenden Datenlage den herkömmlichen ökonomischen Methoden nicht zugänglich sind. Das NIPALS-Verfahren (Nonlinear Iterative Partial Least Squares) hat bereits starke internationale Beachtung gefunden. Dem Projekt werden vor allem die Ökonomin Irma Adelman (Washington/USA) und der Statistiker Peter Whittle (Cambridge/England) als Korrespondenten und Mitglieder des Advisory Board verbunden sein.

Die Stiftung Volkswagenwerk Hannover bereitet einen neuen Förderungsschwerpunkt „Wandlungs- und Krisenfaktoren in demokratisch organisierten Industriegesellschaften“ vor. Unterstützt werden sollen Forschungen zu Strukturproblemen und Wandlungen in Politik und Administration, zur ökonomisch-technischen Entwicklung, insbesondere im Hinblick auf wachsende weltwirtschaftliche Verflechtungen sowie zum sozialen Wandel und zur Änderung von Werthaltungen. Besonderer Wert wird dabei auf vergleichende und international angelegte Forschungen gelegt.

Die gegenwärtigen und zukünftigen Probleme der industriell fortgeschrittenen Demokratien (zum Beispiel der Länder Westeuropas, der USA und Japans) bedürfen systematischer Analysen und wissenschaftlich begründeter Lösungsansätze. Die Stiftung Volkswagenwerk sieht hier einen dringenden und vielfältigen Bedarf an Forschung namentlich auf sozialwissenschaftlichem, aber auch auf wirtschaftswissenschaftlichem, sozialpsychologischem und sozialphilosophischem Gebiet. Im Rahmen des neuen Förderungsschwerpunkts ist vorläufig an Vorhaben aus folgenden Problembereichen gedacht:

- Strukturprobleme und Wandlungen in Politik und Administration
- Parlamente und Regierungen; Parteiensysteme
- Verbände und Interessengruppen
- Öffentliche Dienstleistungen
- Die ökonomische und technische Entwicklung, insbesondere im Hinblick auf wachsende weltwirtschaftliche Verflechtungen
- Auswirkungen der technischen Entwicklung
- Sektoraler Strukturwandel in der Volkswirtschaft
- Weltwirtschaftliche Zusammenarbeit und Arbeitsteilung, insbesondere auch Nord-Süd-Probleme
- Sozialer Wandel und Änderungen von Werthaltungen
- Soziostrukturelle Wandlungen
- Wandel der Werthaltungen

— Geistige Bewältigung des Wandels.

Bei ihrer Förderung wird die Stiftung — auch im Interesse größerer Anwendungsnähe der Sozialwissenschaften — die Möglichkeit prüfen, gezielte Hilfen für den Ausbau der sozialwissenschaftlichen Forschung in der Bundesrepublik zu geben. Dazu könnte beispielsweise die Förderung von Modellen zu einer forschungsintensiven Nachwuchsausbildung gehören.

Ebenso wird angesichts der Notwendigkeit komparativer Forschungen und wegen des oft hohen Leistungsstandes ausländischer Sozialwissenschaftler erwogen, Mittel für internationale Verbundprojekte und für Forschungsaufenthalte an hervorragenden sozialwissenschaftlichen Einrichtungen im Ausland bereitzustellen.

Probleme der Umwelt, der natürlichen Ressourcen, des Arbeitsmarktes und der Sozialleistungen sollen hier im allgemeinen nicht berücksichtigt werden, weil entsprechende Forschungsarbeiten bereits von anderer Seite mit zum Teil erheblichen Mitteln gefördert werden, insbesondere durch die zuständigen Bundesministerien.

Zwei weitere Förderungsschwerpunkte zur gegenwartsbezogenen Regionalforschung bereitet die Stiftung Volkswagenwerk Hannover vor: Nordamerika und Südostasien. Diese Schwerpunkte ergänzen Förderungsmaßnahmen der Stiftung, die bereits seit einigen Jahren Forschungen zu verschiedenen Regionen unterstützt: Lateinamerika (1964 bis 1975), Ostasien (1966 bis 1975), Vorderer und Mittlerer Orient, Osteuropa, Vergleichende Regionalforschung (jeweils seit 1971).

In dem neuen Schwerpunkt „Gegenwartsbezogene Nordamerika-Forschung“ sollen vorzugsweise solche Forschungen unterstützt werden, die die Wechselwirkungen zwischen Nordamerika und den anderen Weltregionen in den Mittelpunkt stellen und Nordamerika — die USA und Kanada — mit den Strukturproblemen und Wandlungen ihrer Gesellschaften als weltpolitischen Faktor berücksichtigen. Mögliche Forschungsthemen sind beispielsweise der politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß, die Struktur und Funktion amerikanischer Institutionen, die Bedeutung der ethnischen Gruppen und die öffentliche Meinung. Dies würde eine Ergänzung der bisher weitgehend historisch-philologischen Forschungen bedeuten. Die Notwendigkeit einer Forschungsförderung in diesem Bereich ergibt sich daraus, daß in Wissenschaft und Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland fundierte Kenntnisse über inneramerikanische Verhältnisse überraschenderweise relativ selten sind. Lediglich außenpolitische, auch verteidigungspolitische Probleme und Fragen der internationalen Beziehungen haben größeren Niederschlag in politikwissenschaftlichen Studien gefunden.

Die gegenwärtigen und zukünftigen Probleme der industriell fortgeschrittenen Demokratien (zum Beispiel der Länder Westeuropas, der USA und Japans) bedürfen systematischer Analysen und wissenschaftlich begründeter Lösungsansätze. Die Stiftung Volkswagenwerk sieht hier einen dringenden und vielfältigen Bedarf an Forschung namentlich auf sozialwissenschaftlichem, aber auch auf wirtschaftswissenschaftlichem, sozialpsychologischem und sozialphilosophischem Gebiet. Im Rahmen des neuen Förderungsschwerpunkts ist vorläufig an Vorhaben aus folgenden Problembereichen gedacht:

- Strukturprobleme und Wandlungen in Politik und Administration
- Parlamente und Regierungen; Parteiensysteme
- Verbände und Interessengruppen
- Öffentliche Dienstleistungen
- Die ökonomische und technische Entwicklung, insbesondere im Hinblick auf wachsende weltwirtschaftliche Verflechtungen
- Auswirkungen der technischen Entwicklung
- Sektoraler Strukturwandel in der Volkswirtschaft
- Weltwirtschaftliche Zusammenarbeit und Arbeitsteilung, insbesondere auch Nord-Süd-Probleme
- Sozialer Wandel und Änderungen von Werthaltungen
- Soziostrukturelle Wandlungen
- Wandel der Werthaltungen

Bewerbungen jederzeit an: Paul-Martini-Stiftung, Humboldtstr. 94, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/550970

Akademische Auslandsstelle

Sonderprogramm für deutsche und französische Studierende der Fachrichtung Politikwissenschaft, Neuere Geschichte und Wirtschaftswissenschaften im Hauptstudium.

Studienaufenthalt in Frankreich, September 1977 bis Februar 1978, an folgenden Universitäten (Straßburg III für Politik, Bordeaux III für neuere Geschichte, Paris IX — Dauphine für Wiwi) mit zweimonatigem vorgeschaltetem Sprachkurs.

Auskünfte und Bewerbungsunterlagen in der Auslandsstelle, Hauptgebäude, Zi. 12 C.

Stipendien für Studenten der Sonderpädagogik am Lesley College, Massachusetts, USA

Laufzeit: August 77 bis Juni 78
Leistungen: Reise, Studiengebühren, Versicherung + \$ 340,- monatlich.

Bewerbungstermin: 21. Januar 1977

Information und Bewerbungsunterlagen: Auslandsstelle, Hauptgebäude Zi. 12 C.

Stipendium der Queen's University, Kingston, Ont., Kanada, 1977/78

Zum Studium an der „School of Graduate Studies“ Bewerber müssen Zwischenprüfung abgelegt haben oder mindestens 4 Semester an einer deutschen Hochschule studiert haben. Stipendienleistungen: \$ 3600—4200 (plus Tuition and fees)
Information und Bewerbungsunterlagen in der Auslandsstelle der Universität, Hauptgebäude, Zi. 12 C. Bewerbungsfrist: 28. Februar 1977.

Informationsseminar

in Berlin für ausländische Studenten (in höheren Semestern) und Gäste der Universität. Vom Sonntag, 20. März, bis Samstag, 26. März 1977. Das Programm in Berlin wird vom Deutschen Akademischen Austauschdienst durchgeführt. Unkostenbeitrag: 60 Mark. Auskünfte und Anmeldung ab sofort in der Auslandsstelle, Mertonstraße 17, Raum 12 C.

State of Wisconsin/USA

Zwischen dem Land Hessen und Wisconsin wurde ein Partnerschaftsvertrag zur Förderung des Austausches von Personen aus „Bildung und Wissenschaft, Kunst und Kultur, Umweltschutz, Gesundheitswesen...“ abgeschlossen. Die finanziellen Modalitäten liegen noch nicht fest. Anfragen sind daher zunächst zwecklos, trotzdem erscheint rechtzeitige Planung ratsam.

Stipendien für zahnärztlichen Hochschullehrernachwuchs

Zahnärzte, die die Habilitation anstreben und mind. 2 Jahre an Hochschulkliniken tätig waren, erhalten in der Regel bis zu 3 Jahre einen Zuschuß von monatl. 500,- DM über den sie frei verfügen können. Bewerbungen können jederzeit gerichtet werden an den BDZ, Universitätsstr. 73, 5000 Köln 41, Tel. 0221/411041

Ludwig-Sievers-Preis

Ausgezeichnet werden wissenschaftliche Arbeiten, die ein allgemeines oder besonderes

Thema (historischer oder aktueller Art) über die freien Berufe behandeln und nicht vor dem 1. 7. 1963 veröffentlicht wurden.

Höhe des Preises: bis zu 20 000,- (Teilung möglich)
Bewerbungsfrist: 31. 1. 1977
Einsendungen an: Ludwig-Sievers-Stiftung, Haedenkampstraße 3, 5000 Köln 41

Preis zur Förderung der Vermögensbildung breiter Schichten

Bewertet werden journalistische und wiss. Arbeiten einschl. Diss. zu den Themenbereichen Vermögensbildung, Unternehmensverfassung und Humanisierung der Arbeitswelt, die in der Zeit vom 1. 12. 1975 bis 30. 11. 1976 veröffentlicht wurden.

Höhe des Preises: insgesamt 15 000 DM

Einsendeschluß: 28. 2. 1977
Einsendungen (bitte in 12facher Ausfertigung) an: Ferdinand Pieroth Weingut — Weinkellerei, Sozialabteilung, Bräuhausstraße 4a, 8033 Plannegg, Tel. 089/8596871

Rolex-Preis

Die Preise der „Rolex-Preise für Unternehmungsgeist“ sollen Projekte finanziell unterstützen, die in ihrem besonderen Bereich Neuland erschließen, und zwar in den folgenden Gebieten:

- Angewandte Wissenschaften und Erfindungen
- Forschung und Entdeckung
- Umweltschutz

Für die „Rolex-Preise für Unternehmungsgeist“ ist eine Summe von Sfr. 250 000,- ausgesetzt. Fünf Preisträger erhalten je Sfr. 50 000,- sowie einen Rolex-Chronometer mit einer eingravierten persönlichen Widmung.

Teilnehmerformulare sind bei dem Sekretariat der „Rolex Awards for Enterprise“, Postfach 695, 1211 Genf 1, Schweiz, zu beziehen. Projekte müssen bis spätestens 31. März 1977 eingereicht werden.

Dr. A. Hübscher Ehrendoktor

(Fortsetzung von Seite 1)

Kenntnisse sowie seine umfassende literarische Bildung in den Dienst philosophischer Arbeit stellen können. Sein großes vor drei Jahren erschienenen Schopenhauer-Buch „Denker gegen den Strom“ stelle diesen Philosophen auf dem geistes- und kulturgeschichtlichen Hintergrund in seinem Werden, seiner Bedeutung und in seiner Überzeitlichkeit dar.

Dr. Hübscher, der Anfang dieses Jahres seinen 80. Geburtstag feierte, ist seit mehr als 40 Jahren Vorsitzender der Schopenhauer-Gesellschaft. Er leitet das Schopenhauer-Archiv, das nach mehreren Umzügen schließlich in der Stadt- und Universitätsbibliothek endgültig angemessen untergebracht werden konnte. Schopenhauer selbst hatte angeregt, in der Stadt Frankfurt, wo er fast 30 Jahre lang lebte, ein solches Institut einzurichten. Dr. Hübscher gibt außerdem das Schopenhauer-Jahrbuch heraus.

Zur Zeit ist in der Stadt- und Universitätsbibliothek vor den Räumen des Schopenhauer-Archivs eine Ausstellung zu sehen. Sie wurde anlässlich des Besuchs des Bundespräsidenten Walter Scheel im Dezember arrangiert.

Veranstaltungen

Mittwoch, 12. Januar

Eröffnung der Foto-

Ausstellung „Xango“
Hubert Fichte spricht über
„Afro-amerikanische Religio-
nen und poetische Anthro-
pologie“.
Die Ausstellung ist vier
Wochen montags und donners-
tags vormittags geöffnet.
18 Uhr, Frobenius-Institut,
Liebigstraße 41, 2. Stock

*

D. Barsch, Heidelberg:
Arizona — zwischen Hoch-
gebirge und Wüste

19 Uhr, Hörsaal zwischen dem
Geographischen und Geologi-
schen Institut, Senckenberg-
anlage 34
Veranstalter: Frankfurter
Geographische Gesellschaft

Donnerstag, 13. Januar

Friedrich Dörr,
München:
Versuche zur Ramanspektro-
skopie kurzlebiger Reaktions-
zwischenprodukte
17.15 Uhr, Magnus-Hörsaal
Veranstalter: Institute für
Physikalische und Theoretische
Chemie

Freitag, 14. Januar

Arthur J. Banister,
Durham (England):
Synthetic and structural
studies of some cyclic sulphur
— nitrogen compounds
16 Uhr, Niederursel, Großer
Hörsaal
Veranstaltung im Rahmen des
„Chemischen Kolloquiums
Niederursel“

*

A. F. Esser, La Jolla (USA):
Untersuchungen zur Struktur
bakterieller Membranen
16.15 Uhr, Mikrobiologischer
Kursaal, Siesmayerstraße 70
Veranstalter: Die Dozenten der
Mikrobiologie

Aufgespießt

Adamskostüm und andere
Kleider

Als sich der Ständige Haus-
haltsausschuß in seiner Sit-
zung am 2. Dezember 1976
anschickte, einigen Fachberei-
chen — wie die Ausschuss-
mehrheit meinte — Luxus-
kleider, sprich: gesperrte
Stellen vom Körper zu ziehen,
sah sich der Dekan der Erzie-
hungswissenschaften in seiner
Not gezwungen, zu einem
klassischen Protestmittel zu
greifen: Er führte öffentlich
die vielen „nackten Professoren“
vor, die seit Jahren ohne
eigentliche Ausstattung mit
Personal und Finanzmitteln
sind. Und plötzlich geisterten
auch in den nachfolgenden
Beiträgen der Dekankollegen
die „nackten Professoren“ wie
Flitzer durch den Raum. Der
nichtöffentlich gemachte Vor-
schlag eines Gastes der Ber-
atungen, für diese bedauerns-
werten Kollegen wenigstens
wieder die Talare zuzulassen,
mit denen sie ihre Blöße be-
decken könnten, muß so lange
als zynisch zurückgewiesen
werden, solange in einigen
Fachbereichen (von den Dek-
anen freilich unerwähnt!) etli-
che Herren mit mehreren Pel-
zen amtierend.

*

„Dr. Friedrich Roth (66), Pro-
fessor..., seit 1961 Lehrtätig-
keit an der Johann Wolfgang
Goethe-Universität in Frank-
furt am Main. Baute das „Dia-
lektische Zentrum“ auf...“
Aus aspekte, das deutsche stu-
dienmagazin, Nr. 11, 1976.

Wolfgang Liebenwein,
Frankfurt:
Die Statuenstiftung Sixtus' IV.
als Antikensammlung
17.15 Uhr, Gräfstraße 76,
Raum 801
Veranstaltung im Rahmen des
Kolloquiums „Neue Funde und
Forschungen“

*

J. W. Paul, Bielefeld:
Ein Spiel auf Graphen
17.30 Uhr, Kolloquiumsraum
711 des Mathematischen
Seminars, Robert-Mayer-
Straße 10
Veranstalter: Die Dozenten
der Mathematik

Montag, 17. Januar

Karl Otmar Freiherr
von Aretin, Darmstadt:
Die Lehenordnung Reichs-
italiens im 16. und 17. Jahr-
hundert und ihre Auswirkung
auf die europäische Politik
19.30 Uhr, Juridicum, Raum 418
Veranstaltung im Rahmen der
„rechtsgeschichtlichen Abend-
gespräche“

*

Dienstag, 18. Januar

H. D. Scharf, Aachen:
Photosensibilisierte
(2+2)-Cycloadditionen als
Instrument für gezielte
Synthesen demonstriert an
einigen ausgewählten
Beispielen
17.30 Uhr, Seminarraum 201,
Chemie-Mehrzweckgebäude
Niederrad, Sandhofstraße
Veranstaltung im Rahmen des
„Chemischen Kolloquiums
Niederrad“

Mittwoch, 19. Januar

R. Güting, Frankfurt:
Antrittsvorlesung:
Menschlicher Mathematik-
unterricht. Gibt es so etwas?
12.15 Uhr, Kolloquiumsraum
711 des Mathematischen Semi-
nars, Robert-Mayer-Straße 10
Veranstalter:
Fachbereich Mathematik

*

F. Schweiger, Salzburg:
Ergodische zahlentheoretische
Transformationen und
invariante Maße
17.30 Uhr, Kolloquiumsraum
711 des Mathematischen Semi-
nars, Robert-Mayer-Straße 10
Veranstalter: Die Dozenten
der Mathematik

Donnerstag, 20. Januar

Max Seckler, Tübingen:
Theologie, Religionswissen-
schaft, Religionsphilosophie —
Versuch einer Abgrenzung
11 Uhr, Turm, Raum 3304
Veranstalter: Fachbereich Re-
ligionswissenschaften, Be Ka-
tholische Theologie.

*

Reinhard Rürup, Berlin:
Sozialdemokratie und „Juden-
frage“ vor 1914
11.15 Uhr, Hörsaal H 3
Veranstalter:
Historisches Seminar

*

Hans Kalwar, Oberursel:
Transparenzprobleme durch
Schuldscheindarlehen
17.15 Uhr, Frankfurter Wert-
papierbörse, Börsenplatz
Veranstalter: Institut für
Kapitalmarktforschung

Freitag, 21. Januar

Bob Huff, Erlangen:
Recent Results concerning the
Radon-Nykodym Property
17.30 Uhr, Kolloquiumsraum
711 des Mathematischen Semi-
nars, Robert-Mayer-Straße 10
Veranstalter: Die Dozenten
der Mathematik

Montag, 24. Januar

H. Wode, Kiel:
Zweitspracherwerb —
Natürliche Zweisprachigkeit
und Fremdsprachenunterricht
15.15 Uhr, Raum III, 2. Stock,
Kettenhofweg 135

Veranstalter:
Prof. Dr. Gert Solmecke

*

Grahame Weinbren,
Los Angeles (USA):
Los Angeles Independent Film
17 Uhr, Turm, Raum 122
Veranstalter: Amerika-Institut

*

Dorothee Gruner,
Frankfurt:
Ein Höhepunkt westafrikanischer
Architektur — Moscheen
im Niger-Binnendelta
20 Uhr, Hörsaal des Instituts
für historische Ethnologie/
Frobenius-Institut,
Liebigstraße 41
Veranstalter:
Frobenius-Gesellschaft e. V.

Dienstag, 25. Januar

H. Perst, Marburg:
Bicyclo 3.1.0. hexenon-
Thermolysen und ihre
Beziehung zur
Cyclohexadienon-Photochemie
17.30 Uhr, Seminarraum 201,
Chemie-Mehrzweckgebäude
Niederrad, Sandhofstraße
Veranstaltung im Rahmen des
„Chemischen Kolloquiums
Niederrad“

*

Reinhard Brandt,
Marburg:
Das Verhältnis von Analytik
und Dialektik in Kants Kritik
der ästhetischen Urteilskraft
20.15 Uhr, Seminarraum 4 des
Fachbereichsgebäudes, Dante-
straße 4-6.

Mittwoch, 26. Januar

Rudolf Stefan,
Bonn-Bad Godesberg:
Probleme des
Jugendmedienschutzes
Gespräch mit dem Leiter der
Bundesprüfstelle für jugend-
gefährdendes Schrifttum
16.15 Uhr, Hörsaal H 12
Veranstalter: Institut für
Jugendbuchforschung

*

A. Simon,
Stuttgart-Büsnau:
Chemische Bindung um
metallischen Übergangs- und
Alkalimetall-Verbindungen
17.30 Uhr, Großer Hörsaal der
Chemischen Institute,
Robert-Mayer-Straße 7-9
Veranstalter: Gesellschaft
Deutscher Chemiker,
Ortsverband Frankfurt

*

G. Voppel, Hannover:
Nordamerikanische Städte —
Struktur- und Entwicklungs-
fragen
19 Uhr, Hörsaal zwischen dem
Geographischen und Geologi-
schen Institut, Senckenberg-
anlage 34
Veranstalter: Frankfurter
Geographische Gesellschaft

ÖTV plädiert für
Wandzeitungen

Die Vertrauensleute der ÖTV-
Betriebsgruppe des Kernbe-
reichs der Universität Frank-
furt haben sich auf einer Sit-
zung am 20. Dezember 1976
mit dem Verbot des Präsi-
denten, wild zu plakatieren, be-
schäftigt. Sie haben dazu fol-
genden Beschluß gefaßt:

Die Beschäftigten an der Uni-
versität sollten sich nicht
dazu verleiten lassen, sich
durch die Parole vom „sauber-
en Arbeitsplatz“ von den an-
stehenden Hauptproblemen
ablenken zu lassen, nämlich
sich einzusetzen für

— das Recht auf Arbeitsplatz-
sicherheit und bestmögliche
Arbeitsplatzeinrichtung,

— das Recht auf gleitende
Arbeitszeit — ohne Stechuhr,

— das Recht auf den Arbeits-
platz — ohne Rationalisie-
rungsdruck,

— das Recht auf tarifgerechte
Eingruppierung,

— das Recht auf eine zufrie-
denstellende Essensversor-
gung,

— das Recht darauf, gegen-
über Kollegen und Studenten
nicht zu Überwachungs- und
Spitzeldiensten herangezogen
zu werden,

— das Recht auf Meinungs-
und Informationsfreiheit.

Es ist festzustellen, daß diese
Rechte nicht gewährleistet
sind und daß gegenwärtig mit
Nachdruck daran gearbeitet
wird, sie weiter zu beschnei-
den. Die ÖTV-Betriebsgruppe
geht davon aus, daß die An-
griffe auf Einkommen und
Arbeitsbedingungen vom
staatlichen Dienstherrn ausge-
hen und daß die Zusammen-
hänge völlig auf den Kopf ge-
stellt werden, wenn einige
Leute uns glauben machen
wollen, die Verursacher von
schlechten Arbeitsbedingun-
gen und Geldmangel seien
Studenten, die ihre Kritik
vermittels Wandzeitungen und
Wandbeschriftungen äußern.
Besonders empörend in die-
sem Zusammenhang findet die
ÖTV-Betriebsgruppe den Vor-
schlag der „Fortschrittlichen
Aktion“, den AstA als Vertre-
tungsorgan der Studenten mit
einer Kollektivstrafe zu be-
legen. Dies ist ein Rückgriff in die
dunkelste Zeit deutscher Ge-
schichte, wo die Sippenhaft an
der Tagesordnung war.

Das Plakatierverbot des Prä-
sidenten kann in keinerlei Wei-
se als Maßnahme zur Verbes-
serung der Arbeitsbedingun-
gen der Beschäftigten verstan-

den werden, wie Präsident und
„Fortschrittliche Aktion“ uns
glauben machen wollen. Dieses
Verbot zielt auf Ein-
schränkung der Meinungs-
und Informationsfreiheit. Es
richtet sich auch nicht nur
gegen Studenten, sondern
gleichermaßen gegen die Uni-
versitätsbeschäftigten. Zum
Beispiel richtet es sich gegen
die in der Gewerkschaft ÖTV
zusammengeschlossenen Kol-
legen, die Anschläge, Aufrufe
und Wandzeitungen bisher
selbstverständlich immer dort
angebracht haben, wo diese
anderen in den Blick fallen
und gelesen werden. Solange
Ursache und Anlaß zu Kritik
und Protest bestehen, darf
auch die Freiheit der Kritik
nicht unterdrückt und einge-
schränkt werden, schon gar
nicht vom Dienstherrn und
Arbeitgeber, gegen den sich
Kritik und Protest richtet.
Aus diesem Grund fordert
die ÖTV-Betriebsgruppe nach-
drücklich die Zurücknahme des
Plakatierverbotes.

Die ÖTV-Betriebsgruppe be-
dauert die Zusammenstöße
zwischen Beschäftigten und
Studenten als Folge des Pla-
katierverbotes. Alle wissen,
daß die Beschäftigten nicht im
persönlichen Interesse die An-
bringung von Wandzeitungen
verhindern, sondern dies im
dienstlichen Auftrag tun, dem
sie sich nicht ohne weiteres
entziehen können. Das Plaka-
tierrechtsverbot und seine Folgewir-
kungen sind daher geeignet,
Universitätsbeschäftigte und
Studenten gegeneinander auf-
zubringen, Emotionen anzu-
heizen, gefolgt von Mißtrauen
und Verwirrung. Damit sol-
che Zusammenstöße in Zu-
kunft vermieden werden, ist
es notwendig, das Plakatier-
verbot zurückzunehmen.

Mit der Forderung an den
Präsidenten, das Plakatierver-
bot zurückzunehmen, verbind-
et die ÖTV-Betriebsgruppe
den Appell an alle Hochschul-
angehörigen, Wandzeitungen
und Wandbeschriftungen in
Zukunft so anzubringen, daß

1. die Arbeitsbedingungen der
Beschäftigten nicht beein-
trächtigt werden (z. B. durch
Zukleben von Fenstern),

2. Information und Kritik so
verständlich dargestellt wer-
den, daß deutlich wird, daß es
sich um einen Bestandteil ge-
werkschaftlicher und politi-
scher Information und Wil-
lensbildung handelt.

Lehrerstudium weniger gefragt

Immer weniger Abiturienten
haben die Absicht, ein Lehr-
amtsstudium aufzunehmen.
Die sinkenden Chancen für
junge Pädagogen, in den
staatlichen Schuldienst einge-
stellt zu werden, aber auch die
Diskussionen über die möglichen
Auswirkungen des Geburtenrückgangs
in der Bundesrepublik haben offen-
sichtlich die frühere Attraktivität
des Lehrerberufs wesentlich
geschmälert. Nach Angaben des
Statistischen Bundesamtes in
Wiesbaden ist im Schuljahr
1975/76 die Zahl der Abiturien-
ten, die ein Lehramtsstudium
aufnehmen wollten, im Vergleich
zum Jahre davor um rund 38
Prozent zurückgegangen. Das
Statistische Bundesamt bezif-

ferte die Gesamtzahl der Abi-
turienten des Jahrgangs 1976,
die das Berufsziel Lehrer an-
gaben, in der letzten Woche
auf rund 22 400. Ein Jahr da-
vor waren noch rund 36 000
Interessenten für den Lehrberuf
gezählt worden. In beson-
ders starkem Ausmaß hat sich
die Zahl der Abiturienten ver-
mindert, die als Berufsziel
Berufsschullehrer angaben.
Sie ging gegenüber dem
Schuljahr 1974/75 um 64
Prozent zurück. Für das Lehramt
an Grund-, Haupt- und Son-
derschulen interessierten sich
rund 53 Prozent weniger Abi-
turienten als ein Jahr zuvor.
Realschullehrer wollten 43
Prozent weniger Abiturienten
werden, während sich die
Zahl der potentiellen Gymna-

siallehrer nur um 19 Prozent
verringerte.

Bei den Abiturienten hat aber
nicht nur der Lehrerberuf an
Anziehungskraft verloren.
Vielmehr werden ganz offen-
sichtlich die Chancen für eine
berufliche Karriere aufgrund
eines Hochschulstudiums
überhaupt geringer einge-
schätzt als früher. Insgesamt
äußerten von den Abiturien-
ten des Schuljahres 1975/76
nur 75 Prozent die feste Ab-
sicht, ein Studium aufzuneh-
men, wie das Statistische
Bundesamt berichtete. Anfang
der siebziger Jahre hatte der
Anteil der studienwilligen
Abiturienten noch 90 Prozent
betragen.

Leserbriefe

BAföG

Als „unsozial“ und „widersinnig“ bezeichnete die Vorsitzende der Kritischen Union/Ring Christlich Demokratischer Studenten (KU/RCDS) Frankfurt, Monika Rodrian, kürzlich vor Mitgliedern ihrer Gruppe die Maßnahmen des Haushaltsstrukturgesetzes von 1975. Das Einfrieren des BAföG-Höchstsatzes auf 500,- Mark sowie der Elternfreibeträge auf 960,- Mark bei gleichzeitig rapide steigenden Lebenshaltungskosten und erheblichen nominellen Einkommensverbesserungen fast aller Bevölkerungsgruppen bewirkten eine untragbare Verschlechterung der sozialen Lage der Studenten. Monika Rodrian betonte, daß auf diese Weise das BAföG seinem Anspruch, den finanziell benachteiligten Studenten ein Studium frei von sozialer Not zu sichern, in zunehmendem Maße nicht mehr gerecht werde.

Der RCDS fordere deshalb:

- Anhebung des BAföG-Höchstsatzes auf 600,- Mark
- Anhebung der Elternfreibeträge auf 1200,- Mark
- Streichung des Dahrlehnsanteils
- Volles BAföG auch für Studienfachwechsler
- Sofortige Vorlegung des Berichtes zur sozialen Lage.

Um eine optimale Durchsetzung der berechtigten studentischen Forderungen zu erreichen, sei jedoch — so Monika Rodrian — die Zusammenarbeit der VDS und aller studentischen Hochschulgruppen unerlässlich. Diese Zusammenarbeit müsse die konkrete Einflußnahme auf die politischen Parteien sowie die Öffentlichkeit zum Ziel haben.

Hedwig Dörner,
Kritische Union/RCDS

KU/RCDS: AStA fürchtet Nachprüfung des StuPa-Wahlergebnisses

Greift der Präsident die verfaßte Studentenschaft an, oder hat nicht vielmehr der AStA Angst vor Neuwahlen? Eines scheint der AStA jedenfalls

zu fürchten: eine Überprüfung der Vorgänge bei der letzten STuPa-Wahl. Warum sonst wertet er die Annullierung der STuPa-Wahlergebnisse nicht als juristische Maßnahme der zuständigen Rechtsaufsicht, sondern als politischen Angriff auf die Verfaßte Studentenschaft?

Wenn der AStA als Vertreter der Studenten innerhalb und außerhalb der Universität ernst genommen werden will, muß dafür gesorgt sein, daß keine Zweifel an der rechtmäßigen Durchführung der Wahl bestehen. Dies kann dadurch geschehen, daß die Wahlen selbst ordnungsgemäß abgehalten und alle interessierten Gruppen an der Organisation beteiligt werden.

Wie kommt es, daß dem AStA so viel an einer Vertuschung der Vorgänge um die StuPa-Wahl liegt? Fürchtet er die Aufdeckung unliebsamer Vorkommnisse, möglicher Unstimmigkeiten und daraus folgende Zweifel an seiner demokratischen Legitimation?

Oder ist es eine panische Angst vor ordnungsgemäßen Neuwahlen, bei denen er seine Mehrheit einbüßen könnte? Diese Angst wäre leicht zu begründen; denn die AStA-Mitglieder haben viel zu verlieren: nicht nur ihre gutbezahlten Posten stehen auf dem Spiel, sondern auch die Macht und Verfügungsgewalt über die studentischen Gelder (so könnte z. B. eine Fahrt nach Brokdorf nicht mehr mit 2520 DM finanziert werden).

Durch die Verzögerungstaktik des AStA besteht nun die große Gefahr, daß die StuPa-Wahl — wenn sie in diesem Semester durchgeführt wird — wie gewohnt, wieder in der letzten Semesterwoche stattfindet, wo sich nur noch sehr wenige Studenten an der Universität aufhalten, und viele dadurch keine Gelegenheit mehr zur Ausübung ihres Wahlrechts haben. Da die Organisation einer ordentlich durchgeführten Wahl auch eine Zeitfrage ist, hat ein solches Verhalten als Resultat nur wieder Wahlen, die um nichts weniger chaotisch sind als die Uni-VV vom 7. Januar, auf der der AStA erneut sein

geringes Demokratieverständnis durch die Manipulation der Rednerliste bewiesen hat, indem er unter anderem ein RCDS-Mitglied, das auf seinem Rederecht bestand, aufforderte, „das Maul zu halten und abzuhauen“. Das ist anscheinend die „neue Sensibilität“ des Frankfurter Frauen-AStAs.

Die StuPa-Fraktion der KU/RCDS:
Gaby Dorn, Regina Kuhnert, Monika Rodrian, Wilhelm Kins

Absetzung des Studentenparlamentes

Die Liste der Unabhängigen Fachbereichsgruppen, der Zusammenschluß der nicht parteipolitisch gebundenen Studentengruppen und -initiativen an der Frankfurter Universität, begrüßt die Entscheidung des Präsidenten der Universität Frankfurt, die Studentenparlamentswahlen 1976 wegen Verstöße gegen eine ordnungsgemäße Durchführung der Wahl für ungültig zu erklären.

Die Liste der Unabhängigen Fachbereichsgruppen hat in einer detaillierten Wahlbeschwerde eine ungewöhnlich hohe Zahl an Wahlverstößen nachgewiesen und darauf gedrängt, diese Wahlen wiederholen zu lassen. Wir betrachten ordnungsgemäße Wahlen als existentielle Grundlage einer verfaßten Studentenschaft und der Arbeit ihrer Organe. Wer Verstöße gegen Wahlprinzipien damit legitimiert, daß sie Inhalt der politischen Arbeit der Linksradiكالen an der Frankfurter Universität sind (siehe SHI — AStA Flugblatt vom 5. 1. 1977) läßt Zweifel darüber aufkommen, ob er in der Lage ist, die Interessen der 22 000 Studenten an der Frankfurter Universität zu vertreten.

Die Liste der Unabhängigen Fachbereichsgruppen ist der Überzeugung, daß auch Gruppen wie die SHI, die das Studentenparlament als Tribüne im Klassenkampf betrachten, die notwendigsten demokratischen Gepflogenheiten bei der Durchführung von Wahlen beachten müssen.

Die Liste der Unabhängigen Fachbereichsgruppen wird sich auf der Basis ihrer bisherigen Arbeit und der Unterstützung in weiten Teilen der Studentenschaft weiter einsetzen für ein pluralistisches Normen akzeptierendes Studentenparlament und AStA. Wir fordern den derzeitigen AStA auf, sein Amt wieder wahrzunehmen und umgehend Neuwahlen auszuschreiben. (Anmerkung der Red.: Kompetenz liegt beim Studentenparlament.) Diese werden darüber entscheiden, ob der linksradikale Kurs der SHI oder die gemäßigten Zielsetzungen der Liste der Unabhängigen Fachbereichsgruppen von der Mehrheit der Studenten unterstützt wird. Ein aus allen kandidierenden Gruppen gebildeter Wahlausschuß sollte dabei darüber wachen, daß

a) die zur Wahlbeschwerde führenden Mängel und Vergehen abgestellt werden

b) alle Gruppen, auch die Liste der Unabhängigen Fachbereichsgruppen und andere, in den von den Beiträgen aller Studenten finanzierten AStA-Publikationen die Möglichkeit haben, Stellung zu beziehen.

Wir fordern alle Studenten auf, uns bei unserer Arbeit zu unterstützen!

Liste der Unabhängigen Fachbereichsgruppen

Klaus Peter Flesch

Die Kapazitätsverordnung wurde novelliert

Der Verwaltungsausschuß der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) hat die „Verordnung über die Grundsätze für eine einheitliche Kapazitätsermittlung und -festsetzung zur Vergabe von Studienplätzen (Kapazitätsverordnung)“ in wichtigen Teilen fortentwickelt und neu gefaßt. Die neue Kapazitätsverordnung soll vom Wintersemester 1977/78 an in allen Bundesländern gelten. Mit der neuen Verordnung werden, wie die ZVS am 9. Dezember in Dortmund mitteilte, die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß in den einzelnen Studiengängen bundesweit mehr Studienplätze als bisher zur Verfügung gestellt werden können.

Die ZVS erklärte, mit der Kapazitätsverordnung werde den in den Ländern und Hochschulen gewonnenen Erkenntnissen im Hinblick auf die Kapazitätsermittlung Rechnung getragen. Dies gelte vor allem für den Verzicht auf das bisherige detaillierte Berechnungsverfahren, das unter anderem Gruppengrößen und Anrechnungsverfahren berücksichtigte. Statt dessen würden der Kapazitätsermittlung jetzt sogenannte Curricular-Richtwerte zugrunde gelegt. Mit diesen Richtwerten werde künftig je Studiengang für alle Hochschulen der gesamte Lehraufwand je Student einheitlich festgelegt. Damit werde die gleichmäßige Nutzung der vorhandenen Ausbildungsmöglichkeiten wesentlich verbessert und zugleich werde eine „erschöpfende Auslastung“ der Hoch-

schulen erreicht. Die ZVS betonte, das Richtwertverfahren, das zu einer Erhöhung der Studienplätze beitragen könne, entspreche auch Forderungen der Hochschulen, denen es die „notwendige Freiheit bei der organisatorischen Gestaltung ihres Studienbetriebes“ lasse. Die ZVS hob außerdem hervor, daß die von ihrem Verwaltungsausschuß am 2. Dezember beschlossene Vereinfachung des Kapazitätsrechts wobei die Harmonisierung der Hochschulauslastung durch die Anwendung der Richtwerte die Voraussetzungen für weitere gezielte kapazitätssteigernde Maßnahmen seien, die der Verwaltungsausschuß zur Einführung der sogenannten Überlastquote an den Hochschulen empfohlen habe.

Von Seiten der Westdeutschen Rektorenkonferenz waren die Richtwerte im November ausdrücklich begrüßt worden. Die WRK hatte betont, die Hochschulen gingen davon aus, daß die Länder die Gesamtzulassungszahlen in den einzelnen Studiengängen durch die Festsetzung der Curricular-Richtwerte gegenüber dem sich aus den bisherigen Berechnungsverfahren ergebenden Zahlen nicht verringern würden. Dies schließe aber nicht aus, daß in einzelnen Fächern eine Senkung der Zulassungszahl möglich sei. Allerdings erwarteten die Hochschulen, daß sich als Folge der gleichmäßigen Belastung insgesamt eine „gewisse Erhöhung“ der Zulassungszahlen ergeben werde.

Tips von der Uni-Kasse

In einem Brief an alle Mitarbeiter hat die Universitätskasse das neue Verfahren bei der Verdienstabrechnung vorgestellt. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrte Mitarbeiterin, sehr geehrter Mitarbeiter, wenn Sie Ihre Verdienstabrechnung für den Monat Januar 1977 erhalten, werden Sie feststellen, daß diese in Format und Inhalt von der altgewohnten Form abweicht. Die Universitätsverwaltung hat sich entschlossen, ein neues Gehalts- und Lohnprogramm einzuführen, von dem sie sich eine schnellere und genauere maschinelle Verarbeitung und für den Mitarbeiter eine klarere, überschaubare und vollständigere Verdienstabrechnung verspricht. Wir wissen, daß im allgemeinen allen Abweichungen vom jahrelang gewohnten System zunächst einmal widerwillig oder skeptisch begegnet wird, möchten Sie jedoch versichern, daß wir das neue Programm in erster Linie in Ihrem Interesse glauben einführen zu sollen.

Sie können sich bestimmt vorstellen, daß Änderungen solcher Art immer unter Umstellungs- und Anpassungsschwierigkeiten zu leiden pflegen, die sich nach einer Übergangsphase wieder auflösen. Wir bitten Sie daher und sind sicher, daß Sie uns hierin Ihre Mitarbeit nicht versagen werden, die erhaltene Ver-

dienstabrechnung noch genauer zu prüfen, als Sie das sicherlich seither schon getan haben.

Teilen Sie alle Unstimmigkeiten sofort Ihrem Sachbearbeiter bei der Vergütungs- und Lohnstelle schriftlich oder telefonisch mit, damit umgehend eine Richtigstellung erfolgen kann. Ihr Sachbearbeiter wird Sie auf Anfrage auch über alle Einzelheiten der Abrechnung informieren. Wenn Sie dies tun, tragen Sie nicht nur zu einer schnellen Klärung von Fehlern bei, sondern befolgen insoweit auch die Vorschriften der Tarifverträge und sonstigen Verordnungen, die Ihnen die Prüfung Ihrer Abrechnung und gegebenenfalls die sofortige Reklamation zur Pflicht machen.

Ihre Vergütungs- und Lohnstelle

UNI-REPORT

Zeitung der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Herausgeber: Der Präsident der Universität Frankfurt.

Redaktion: Andrea Fülgraff und Reinhard Heisig, Pressestelle der Universität, Senckenberganlage 31, 6000 Frankfurt am Main. Telefon: (06 11) 7 98-25 31 oder 24 72. Telex: 04 13 932 unif d.

Druck: Union-Druckerei, 6000 Frankfurt am Main.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Uni-Report erscheint alle 14 Tage am Mittwoch mit Ausnahme der Semesterferien. Die Auflage von 15 000 Exemplaren wird an die Mitglieder der Universität Frankfurt am Main verteilt.

1977: Studienangebot in Hessen erweitern

Die hessischen Jungdemokraten und der Liberale Hochschulverband (LHV) haben die Landesregierung aufgefordert, das Studienangebot in Hessen im Verlauf des Jahres 1977 sowohl quantitativ auszubauen als auch qualitativ zu erneuern.

Es sei Aufgabe der hessischen Landesregierung, mit einer offensiven Hochschulpolitik einen deutlichen Gegenpol zu solchen Bundesländern zu bilden, die wie das unionsregierte Baden-Württemberg die Studienplatzkapazität nicht nur einfrieren, sondern sogar noch erheblich drosseln wollen, erklärte in Frankfurt der hochschulpolitische Sprecher der hessischen Jungdemokraten, Harald Döring.

Als einen interessanten Vorstoß zur qualitativen Erneuerung des Studienangebots werten Jungdemokraten und LHV die Vorschläge des Frankfurter Universitätspräsidenten Krupp zur Einführung

von vier neuen Studiengängen (Informatik, Ökonomie, Verwaltungswissenschaften, Polytchnik/Arbeitslehre). Die Vorschläge seien allerdings noch überarbeitungsbedürftig.

Jungdemokraten und Liberale Hochschulverband wollen sich dafür einsetzen, daß nur für den neuen Studiengang Informatik ein eigener Fachbereich eingerichtet wird, die anderen neu vorgeschlagenen Studiengänge dagegen in bereits bestehende Fachbereiche eingegliedert werden.

Von der inhaltlichen Konzeption erscheint den liberalen Jugendverbänden der neue Studiengang Informatik am unproblematischsten. Hier soll allerdings sichergestellt werden, daß der mit der Technik der Datenverarbeitung befaßte neue Fachbereich für eine Kooperation mit den naturwissenschaftlichen, wirtschaftswissenschaftlichen und anderen interessierten Fachbereichen offenbleibt.

Neue Sozialerhebung des Studentenwerks

Die soziale Situation der Studenten in der Bundesrepublik hat sich seit 1974 — dem Jahr der letzten Anpassung der Ausbildungsförderung — deutlich verschlechtert. Das ergibt sich aus der 8. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (DSW), die am 22. Dezember in Bonn veröffentlicht worden ist. Durch die Nichtanpassung der Förderungssätze und Freibeträge der Ausbildungsförderung sind, wie DSW-Präsident Prof. Gerald Grünwald vor Journalisten betonte, eine Reihe von Studenten ganz aus der Förderung herausgefallen, andere müßten mit geringeren Förderungssätzen auskommen, weil sich das Nominaleinkommen der Eltern erhöht habe. Während 1973 — zum Zeitpunkt der siebenten Sozialerhebung des DSW — noch 39 Prozent aller Studierenden ihr Studium voll aus öffentlichen Mitteln finanzierten, seien es im Sommersemester 1976 nur noch 30 Prozent gewesen. Seit 1973 sei der den Studenten monatlich zur Verfügung stehende Geldbetrag nur um elf, der Lebenshaltungskostenindex aber um 18 Prozent gestiegen. Grünwald erklärte, in den ersten neun Monaten des Jahres 1976 seien von den Mitteln des Bundes 110 Millionen Mark weniger für die Ausbildungsförderung abgerufen worden, als ein Jahr zuvor. Mit den entsprechenden Komplementärmitteln der Länder mache dies eine Verringerung der Förderung um 170 Millionen Mark aus.

Grünwald und der Autor der Sozialerhebung, Gerhard Kath, Geschäftsführer des Studentenwerkes der Universität Frankfurt, wiesen darauf hin, daß jeder achte Student in der Bundesrepublik Schulden habe und viele Studierende aufgrund der schlechteren Arbeitsmarktlage keinen Nebenverdienst hätten. Die Eltern seien häufig nicht in der Lage, den gesetzlich vorgesehenen Beitrag zur Finanzierung des Studiums zu leisten. Dies müsse bei der 1977 fälligen Anpassung der Förderungssätze und Freibeträge in der Ausbildungsförderung berücksichtigt werden. Grünwald betonte, die tatsächlichen Ausgaben der Studenten hätten sich im Sommersemester 1976 auf einen „Zentralwert“ von 638 Mark im Monat belaufen. Bei der Anpassung der Förderung, müsse hier ein Satz erreicht werden, der an die Forderung des Deutschen Gewerkschaftsbundes von 690 Mark herankomme. Für die Elternfreibeträge forderte Grünwald eine Erhöhung auf über 1200 Mark im Monat.

Nachdrücklich lehnte der DSW-Präsident eine Erhöhung des Darlehensanteils ab, wie ihn Bundeskanzler Helmut Schmidt in der Regierungserklärung angekündigt hatte. Eine Erhöhung des Grunddarlehens über die jetzigen 130 Mark hinaus sei nicht zu vertreten. Auch habe der Bundesrechnungshof in seinem jüngsten Bericht darauf hingewiesen, daß die Rückzahlung der Darlehen und ihre Überwachung einen enormen Verwaltungsaufwand erforderten. Allein 150 Buchhalter seien bei der Bundeskasse für diese Aufgaben nötig, hatte der Bundesrechnungshof ermittelt. Er hatte es als fraglich hingestellt, ob eine weitere Umstellung der Ausbildungsförderung auf das Darlehenssystem, auch im Hinblick auf die Tilgungszeit von 20 Jahren, finanziell einen Vorteil für die öffentliche Hand bringe.

Die Bundesregierung will die BAföG-Förderungssätze jedoch nur so anheben, daß sich der Höchstsatz bei Studenten von derzeit 550 Mark auf 580 Mark erhöht (einschließlich Härteausgleich) und der Grundfreibetrag des Einkommens der Eltern von 960 auf 1100 Mark ansteigt. Weiterhin soll der Darlehensanteil an der Förderung erhöht werden. Die VDS und andere Studentenverbände haben diese vorgesehene Anpassung massiv kritisiert und sie als „Skandal“ bezeichnet.

Aus der Erhebung geht ferner hervor, daß der Anteil der Studenten, deren Väter von Beruf Arbeiter sind, 1976 13 Prozent betrug. Drei Jahre zuvor machte der Anteil der Arbeiterkinder bei der 7. Sozialerhebung des DSW noch elf Prozent aus, 1967 hatte er sieben und 1953 sogar erst vier Prozent betragen. Die Quote der Studenten, die aus Beamtenfamilien stammen oder deren Väter ihren Beruf mit „Selbständiger“ angeben, ging weiter zurück auf 25 bzw. 24 Prozent. Vor drei Jahren stammten noch 27 Prozent der Studenten aus Beamten- und 26 Prozent aus Selbständigen-Familien, 1967 waren es jeweils 30 Prozent. Dafür wuchs der Anteil der Studenten, deren Väter Angestellte sind, von 33 Prozent im Jahr 1973 auf 35 Prozent an. Die Zahl der Väter von Studierenden, die selbst ein Studium absolviert haben, nimmt ständig zu und beträgt jetzt bereits 44 Prozent. 1956 lag diese Quote noch bei 30 Prozent. Allerdings gehören dazu auch die Absolventen von höheren Fachschulen, die früher bei dieser Quote noch nicht mitgezählt wurden.

Die 8. DSW-Sozialerhebung umfaßte ein Sample von 40 000 Studenten aus der gesamten Bundesrepublik und West-Berlin, von denen rund 75 Prozent die an sie versandten Fragebogen zurückschickten. Dabei wurden Universitäts- und Fachhochschulstudenten getrennt befragt und die Antworten entsprechend getrennt ausgewertet. Dabei unterscheiden sich die Fachhochschulstudenten in vielen Punkten kaum von denen an den Universitäten. Allerdings beträgt der Anteil der Arbeiterkinder an den Fachhochschulen mit 28 Prozent mehr als das Doppelte der entsprechenden Quote an den Universitäten. 13,5 Prozent der Väter von Fachhochschulstudenten waren im Sommersemester 1976 Beamte, 30,9 Prozent Angestellte, 5,2 Prozent Landwirte, 15,9 Prozent sonstige Selbständige, 6,4 Prozent wurden unter „sonstige Berufe“ zusammengerechnet. 1973 verteilten sich die Berufe der Studentenväter an den Fachhochschulen im wesentlichen ebenso.

Von den Universitätsstudenten waren 30 Prozent über 26 Jahre alt, 22,7 Prozent 21 oder jünger. Fast jeder dritte Student war im vergangenen Sommersemester weiblichen Geschlechts. Damit ist der Anteil der Studentinnen fast doppelt so hoch, wie 1956 mit 17,7 Prozent. Der Anteil der männlichen Studierenden, die Wehr- oder Ersatzdienst geleistet haben, ist von 24 Prozent im Jahr 1967 und 39,7 Prozent bei der letzten Sozialerhebung auf jetzt 47,4 Prozent angewachsen. Dagegen haben nur 0,8 Prozent der Studentinnen ein „soziales Jahr“ abgeleistet. 68 Prozent der Studentenväter standen im Sommer 1976 noch voll im Erwerbsleben. 20 Prozent bezogen Rente, 13 Prozent der

Studenten hatten ihre Väter verloren.

Die Leistungen der Eltern an ihre studierenden Kinder haben sich gegenüber der letzten Sozialerhebung des DSW erhöht. Während 1973 noch 33 Prozent der Eltern keine Zahlungen leisteten, ging diese Quote im Sommer 1976 auf 30 Prozent zurück. Etwa 25 Prozent der Studenten erhalten von ihren Eltern bis zu 200 Mark monatlich, nur fünf Prozent der Eltern können mit 600 Mark und darüber das Studium ihrer Kinder allein völlig sicherstellen. Die Möglichkeiten für die Studenten, durch Werkarbeit ihr „Einkommen“ aufzubessern, haben sich durch die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt vermindert. Während 1973 noch 55 Prozent der Studenten Werkarbeit leisteten, waren es in den Semesterferien im Februar und März 1976 nur noch 44 Prozent. Jeder dritte Student, der Ausbildungsförderung erhielt, bemühte sich erfolglos um eine Arbeitsstelle. 13 Prozent der Befragten gaben an, daß sie Schulden hätten, meist bei Verwandten.

1973 hatten noch 39 Prozent der Empfänger von Ausbildungs- und Ausbildungsförderungsgesetz (BAföG) erklärt, daß sie ihr Studium so gut wie ausschließlich aus öffentlichen Mitteln finanzierten. Im Sommer letzten Jahres waren es nur noch 30 Prozent. Andererseits stelle der monatlich eingehende Förderungsbetrag seine Empfänger von dauernder Werkarbeit neben dem Studium eher frei, heißt es in den Ergebnissen der Sozialerhebung. Die Zahl der BAföG-Geförderten, die ständig neben dem Studium arbeiteten, liegen mit neun Prozent erheblich niedriger als die bei den Nichtgeförderten mit 17 Prozent.

Während an den Universitäten 38,2 Prozent der Studierenden nach dem BAföG gefördert werden, sind es an den Fachhochschulen 62,6 Prozent. Fast jeder zweite Fachhochschulstudent hatte schon als Schüler, Kollegbesucher o.ä. Unterstützung nach dem BAföG erhalten. Der

schlechteren wirtschaftlichen Lage der Eltern von Fachhochschulstudenten, die an der höheren Förderungsquote deutlich wird, entspricht, daß fast 40 Prozent dieser Studierenden keine Barmittel von ihren Eltern erhalten. Nur vier Prozent der Eltern unterstützen ihre an Fachhochschulen studierenden Kinder mit 500 Mark oder mehr im Monat. Fast jeder fünfte Fachhochschulstudent hatte am Ende des Sommersemesters 1976 Schulden bei Freunden, Bekannten oder Verwandten, die er nicht zurückzahlen konnte.

Die DSW-Erhebung hebt hervor, daß die Aufgliederung der geförderten Universitätsstudenten die soziale Komponente der Ausbildungsförderung deutlich mache. Danach erhielten 66 Prozent der Arbeiterkinder an den Universitäten BAföG-Mittel, aber nur 25 Prozent der Kinder von Selbständigen und 32 Prozent der aus Beamtenfamilien stammenden Studenten.

Die Sozialerhebung gibt auch die Wohnsituation der Studenten wieder. Danach ist die Quote der in Untermiete bei Privatleuten wohnenden Studenten weiter auf 18 Prozent gegenüber 24 Prozent vor drei Jahren gesunken. Bei den Eltern wohnen 21 (25) Prozent, in Wohnheimen 12 und in Wohngemeinschaften 18 (14) Prozent der Studenten. Nach den Wohnwünschen befragt, erklärten nur 5,3 Prozent der Studierenden, daß sie am liebsten bei den Eltern wohnen wollten, nur 4,8 Prozent zogen das Wohnen in Untermiete bei Privatleuten vor. 29 Prozent würden dagegen, wenn sie die Möglichkeit dazu hätten, in eine Wohngemeinschaft einziehen, 48,5 Prozent das Wohnen in einer eigenen Wohnung präferieren. Gegenwärtig haben 29,8 Prozent der Studenten eine eigene Wohnung gegenüber 24,9 Prozent vor drei Jahren. 1973 mußten noch 46 Prozent der Studenten eine Zimmermiete von 120 Mark oder weniger im Monat entrichten, im Sommer 1976 hatten nur noch 21 Prozent eine solche vergleichsweise niedrige Miete. Dagegen

mußten 28 Prozent 170 Mark oder mehr Miete zahlen, gegenüber nur zwölf Prozent vor drei Jahren.

Der Anteil der verheirateten Studenten ist von 19,3 auf 18,3 Prozent leicht gesunken, die Quote der Geschiedenen hat sich von 0,6 auf 1,2 Prozent verdoppelt. Von den verheirateten Studenten haben 38 Prozent Kinder. Drei Viertel aller verheirateten Studenten finanzieren ihr Studium ohne die Hilfe der Eltern.

Weiter verringert hat sich der Anteil der Universitätsstudenten, die während ihres Studiums an einer ausländischen Hochschule studiert hatten. Betrug dieser Anteil 1973 noch 3,4 Prozent, so sank er im Sommer 1976 auf 2,4 Prozent ab.

Bei der Erhebung wurde als durchschnittlicher Wert für die monatlichen Ausgaben der Studenten die Zahl von 638 Mark im Monat ermittelt. Dieser sogenannte Zentralwert wird von der Hälfte der Studenten nicht erreicht, von der anderen Hälfte überschritten. 1973 betrug der Zentralwert 574 Mark, 1966 erst 379 Mark. Für Miete wurden im Durchschnitt 160 Mark im Monat ausgegeben (in studentischen Wohnheimen 130 Mark), für Fahrkosten 34, für Ernährung 212, für Körperpflege 18 und für Lehrbücher 30 Mark. Sechs Mark wendeten die Studenten im Schnitt monatlich für sonstige Lehrmittel, 44 für Kleidung und Schuhe, zwölf Mark für Kleiderpflege und Reparaturen sowie vier Mark als Sozialbeitrag und 118 für „Sonstiges“ auf. Auf die Frage, wie hoch die monatlichen Ausgaben sein müßten, wenn die Studenten gut auskommen wollten, wurde meist ein Betrag genannt, der um 50 Mark über dem Zentralwert liegt.

Bei den Fachhochschulstudenten hat sich gegenüber 1973 der Anteil derjenigen, die nach ihrer Graduierung noch eine weitere Ausbildung an der Universität anstreben verringert. Vor drei Jahren wollten noch 29 Prozent weiterstudieren, jetzt sind es noch 22 Prozent.

Dekane äußern Befremden

Aus Anlaß einer Sitzung des Ständigen Ausschusses für Haushaltsangelegenheiten der Universität Frankfurt, auf der über Stellenumsetzungen zugunsten der Einrichtung neuer Studiengänge und zur Erweiterung der Studienplatzkapazität in einigen harten Numerus-clausus-Studiengängen beschlossen wurde, haben die Dekane der nachfolgend genannten Fachbereiche am 8. Dezember 1976 einen Brief an den Präsidenten geschrieben, der auch den Mitgliedern des Ausschusses zugeleitet wurde. Der Ständige Ausschuss beschloß am 6. Januar, auf seiner nächsten Sitzung anhand dieses Briefes über die Formen der Zusammenarbeit zwischen Präsident und Fachbereichen zu diskutieren. Hier der Brief im Wortlaut: Sehr geehrter Herr Präsident, die Unterzeichneten, Dekane an Fachbereichen dieser Universität, nehmen die Haushaltsausschußsitzung am 2. Dezember 1976 zum Anlaß, ihrem Befremden über die einhellige Mißachtung fachlich begründeter Stellungnahmen der Fachbereiche in den ständigen Ausschüssen Ausdruck zu verleihen.

Bei Strukturänderungen größeren Umfangs sind Sie gesetzlich zur Anhörung der Fachbereiche verpflichtet. Sie haben eben eine solche Anhörung der Fachbereiche durchgeführt, allerdings die Argumente kaum berücksichtigt, im Gegenteil: alle Stellenstreichungen, die Ihnen vertretbar erschienen, wurden teilweise gegen das explizite Fachurteil der Fachbereiche mit konstanter Mehrheit verabschiedet.

Mit äußerster Sorge hören wir Ihr oft wiederholtes Argument, die Wissenschaftler einer Fachrichtung seien frei austauschbar und müßten eben flexibel eingesetzt werden, notfalls auf Weisung. Dies Argument, das Stellenkürzungen legitimieren soll, erscheint uns als Aufruf zum Dilettantismus und muß energisch zurückgewiesen werden. Die Unterzeichneten haben wiederholt ihre Einsicht in die Notwendigkeit von Umstrukturierungen bekundet. Allerdings macht Ihre rigide Streichungspolitik, die im angesprochenen Fall durch den bloßen Zufall bestimmt ist, alle Initiativen zur internen

Neustrukturierung und Teilhabe der Fachbereiche an Reformplänen von allem Anfang an zunichte.

Sie werden verstehen, Herr Präsident, daß wir durch die kurzfristigen Vorlagen, den Verhandlungsstil in den ständigen Ausschüssen, die Mißachtung der Argumente der Fachbereiche, das Beiseiteschieben von Fachkompetenz und Reformwillen nicht gerade zur Mitarbeit ermuntert werden.

Würden Sie uns bitte sagen, was Sie zur Wiederherstellung einer gemeinsamen Basis der Zusammenarbeit mit den Fachbereichen zu tun gedenken.

Mit vorzüglicher Hochachtung, die Dekane der Fachbereiche

- 1: Hans-Leo Weyers
- 2: Werner Meissner
- 3: Eike Hennig
- 4: Gerhard Iben
- 5: Josefa Zoltbrocki
- 6: Hans Kessler
- 7: Heinz Röttges
- 8: M. Radnoti-Alföldi
- 10: B. Schlieben-Lange
- 12: Joachim Weidmann
- 14: Manfred Wilk
- 16: Wilhelm Beier
- 18: Heinrich Lamping

Im **Fachbereich Wirtschaftswissenschaften** ist ab 1. Januar 1977 und zunächst bis zum 31. Dezember 1979 eine BAT IIa-Stelle für einen

WISSENSCHAFTLICHEN MITARBEITERS

zu besetzen.

Der Mitarbeiter soll am Institut für Öffentliche Wirtschaft, Geld und Währung, Professur für Wirtschaftliche Staatswissenschaften (Prof. Dr. K. Häuser) mit wissenschaftlichen Dienstleistungen gem. § 45, 1 HUG befaßt werden und besonders gute Kenntnisse in den Fächern Volkswirtschaftslehre, Finanzwissenschaft, Geld und Währung besitzen. Ferner sollte der Bewerber Kenntnisse auf dem Gebiet der empirischen Forschung vorweisen. Dem Bewerber wird im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten die Gelegenheit zu eigener wissenschaftlicher Arbeit bzw. zur Promotion gegeben.

Ausführliche Bewerbungen sind umgehend zu richten an: Prof. Dr. Karl Häuser, Professur für Wirtschaftliche Staatswissenschaften, 6000 Frankfurt am Main, Mertonstraße 17, Tel. 798-2297/8 (Zi. 422 B).

Die **Bibliothek des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften** sucht für den Bereich Katalogisierung, Titelaufnahme sowie Systematisierung ab sofort eine(n)

DIPLOM-BIBLIOTHEKAR(IN) BAT Vb

Die Bibliothek hat gegenwärtig einen Bestand von ca. 85 000 Büchern, für die eine neue Systematik erarbeitet wird.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind bis zum 21. Januar 1977 zu richten an: Dekan des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften, Prof. Dr. Eike Hennig, Senckenberganlage 13-17, 6000 Frankfurt/M.

Am **Pharmakognostischen Institut** ist ab 1. Februar 1977 für zunächst 3 Jahre die Stelle eines

WISSENSCHAFTLICHEN MITARBEITERS

(BAT IIa) zu besetzen.

Aufgabengebiete: Mitarbeit in der Lehre (vor allem im Rahmen der Praktika Pharmazeutische Biologie II und III), in der Forschung und bei der Institutsverwaltung.

Einstellungsvoraussetzungen: Der Bewerber muß Apotheker sein und die Absicht haben, über ein Spezialproblem der Pharmazeutischen Biologie wissenschaftlich zu arbeiten. In Betracht kommen Bewerber, die bereits auf den genannten Gebieten tätig waren oder ihr Interesse an dem Fach durch überdurchschnittliche Leistungen während ihrer Ausbildung belegen können.

Im Rahmen des Möglichen wird dem Stelleninhaber Gelegenheit zu selbstbestimmter Forschung, insb. zur Arbeit an einer Dissertation gegeben. Schriftliche Bewerbungen sind bis zum 31. Januar 1977 zu richten an Prof. Dr. Georg Schneider, Pharmakognostisches Institut.

Im **Fachbereich Geschichtswissenschaften (FB 8) — Seminar für Vor- und Frühgeschichte** sind zwei Stellen zum 1. April 1977 zu besetzen

WISSENSCHAFTLICHE HILFSKRÄFTE ohne Abschluß

1. Aufgabengebiet: Unterstützende Tätigkeit in der Vorbereitung von Lehrveranstaltungen (40 Std. mtl.)
 2. Aufgabengebiet: Unterstützung in der Forschung und in Amts- und Dienstgeschäften (40 Std. mtl.)
- Bewerbungen sind bis zum 15. Februar 1977 zu richten an: Seminar für Vor- und Frühgeschichte, 6000 Frankfurt am Main, Arndtstraße 11.

An der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main ist zum 1. April 1977 die Stelle der

VERWALTUNGSANGESTELLTEN

(BAT Vlb) im Vorzimmer des 1. Vizepräsidenten zu besetzen.

Von der Bewerberin wird erwartet, daß Sie neben den Funktionen im Vorzimmer des Vizepräsidenten auch die Vertretung im Vorzimmer des Präsidenten wahrnimmt.

Voraussetzungen sind sehr gute Kenntnisse in Maschinenschreiben und Stenografie, Organisationsgeschick und Flexibilität. Englischkenntnisse sind erwünscht. Bewerbungen werden bis zum 1. Februar 1977 erbeten an den Präsidenten der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt, Senckenberganlage 31, 6000 Frankfurt am Main.

Im **Fachbereich Psychologie — Institut für Pädagogische Psychologie** — ist zum 1. 3. 1977 die Stelle eines

AKADEMISCHEN TUTORS

für 4 Wochenstunden zu besetzen.

Aufgabengebiet: Einführung kleiner Studentengruppen in wissenschaftliche Arbeit, insbesondere Arbeit mit wissenschaftlicher Literatur.

Voraussetzungen: Diplom in Psychologie.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind bis zum 19. 1. 1977 an den Geschäftsführenden Direktor des Institutes für Pädagogische Psychologie, Senckenberganlage 13-17, 6000 Frankfurt am Main, zu richten.

An der linguistischen Abteilung des **Romanischen Seminars** können zum 1. April 1977

WISSENSCHAFTLICHE HILFSKRÄFTE (ohne Abschluß)

65 Stunden eingestellt werden.

Die Bewerber müssen mindestens 4 Fachsemester studiert haben. Sie sollten ihren Studienschwerpunkt auf linguistischem Gebiet haben.

Bewerbungen bis 20. Januar an den Geschäftsführenden Direktor des Romanischen Seminars.

Im **Seminar für Industrewirtschaft** ist zum 1. Januar 1977 für zunächst drei Jahre die Stelle eines

WISSENSCHAFTLICHEN MITARBEITERS

(Besoldung nach BAT IIa) zu besetzen.

Das Aufgabengebiet umfaßt wissenschaftliche Dienstleistungen zur Vorbereitung und Durchführung von Forschung und Lehre gemäß § 45 HUG. Im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten wird dem wissenschaftlichen Mitarbeiter Gelegenheit zu selbstbestimmter Forschung, insbesondere zu Arbeiten an einer Dissertation, gegeben.

Einstellungsvoraussetzungen: Abgeschlossenes Hochschulstudium der Betriebswirtschaftslehre.

Bewerbungen sind sofort zu richten an Prof. Dr. Hartmut Kreikebaum, Mertonstraße 17, 6 Frankfurt/Main.

Im **Fachbereich 10 — Seminar für Didaktik der deutschen Sprache und Literatur** — ist im Nachgang zu der Ausschreibung vom 7. 12. 1976 zum SS 1977 ein Vertrag für einen

STUDENTISCHEN TUTOR

(4 Wochenstunden) für die Lehrveranstaltung „Literarische Öffentlichkeit und politische Subjektivität“ (Jean Paul Heine) — Prof. Dr. Lindner) zu vergeben. Bewerbungen sind sofort an die Geschäftsführung des Seminars für Didaktik der deutschen Sprache und Literatur, Georg-Voigt-Straße 12, zu richten.

In der **Abteilung für studentische Angelegenheiten** ist ab sofort die Stelle einer(s)

VERWALTUNGSANGESTELLTEN

nach der Vergütungsgruppe Vc BAT zu besetzen.

Das Aufgabengebiet ist die Bearbeitung aller Vorgänge im Zusammenhang der Stipendien nach dem Graduiertenförderungsgesetz.

Bewerbungen werden bis zum 31. Januar 1977 erbeten an den Präsidenten der J. W. Goethe-Universität, Senckenberganlage 31.

Am **Institut für Klassische Philologie** (im Fachbereich 9, Klassische Philologie und Kunstwissenschaften) ist ab 1. 4. 1977 die Stelle für

EINE WISSENSCHAFTLICHE HILFSKRAFT (ohne Abschluß)

neu zu besetzen. Die Studienfächer der Bewerber sollten Latein und Griechisch sein.

Aufgabengebiete sind: Hilfe bei der Institutsverwaltung und Betreuung der Institutsbibliothek, Bereitstellung von Hilfsmitteln für die Lehrveranstaltungen und für die Forschung.

Bewerbungen sind zu richten an den Geschäftsführenden Direktor des Instituts für Klassische Philologie, Gräfstraße 76, 6000 Frankfurt/Main.

Am **Seminar für Wirtschafts- und Sozialpolitik** ist die Stelle einer

WISSENSCHAFTLICHEN HILFSKRAFT (ohne Abschluß)

(60 Stunden) zum 1. 2. 1977 zu besetzen.

Vorgesehene Aufgabengebiete: Bibliotheksarbeiten. Bewerbungen erbeten bis 17. Januar 1977 an das Seminar für Wirtschafts- und Sozialpolitik, 6 Frankfurt, Mertonstraße 17, Raum 104 D.

Im **Institut für Meteorologie und Geophysik** ist ab 1. Februar 1977 eine Stelle als

STUDENTISCHE HILFSKRAFT

für 70 Arbeitsstunden/Monat zu besetzen.

Aufgabengebiet: Mitwirkung bei den Übungen zur Klimatologie und zur Aerologie.

Bewerbungen sind zu richten an Prof. Dr. H. W. Georgii, Feldbergstraße 47, App. 23 75.

Im Rahmen eines größeren, auf dreieinhalb Jahre (1. 1. 1977 bis Mitte 1980) angelegten Forschungsvorhabens, welches im Auftrag des Bundesministeriums für Forschung und Technologie ausgeführt wird und dem Komplex „Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung“ im Schwerpunktprogramm: Humanisierung des Arbeitslebens, zugeordnet ist, ist am **Institut für Sozialforschung** zum 1. 2. 1977 eine Stelle für eine(n)

WISSENSCHAFTLICHE(N) MITARBEITER(IN)

(BAT IIa/Ib) zu besetzen.

Die Untersuchung beschäftigt sich mit Entwicklungstendenzen industrieller Arbeit und Möglichkeiten der Arbeitsgestaltung im Bereich fortgeschrittener Produktionstechnologien, insbesondere bei computergestützten Produktionsprozessen. In objektiv und subjektiv gerichteten Analysen soll der Restriktivität industrieller Arbeit nachgegangen und nach möglichen alternativen Formen der Arbeitsgestaltung gefragt werden.

Erforderliche Qualifikation: Vorausgesetzt werden der Studienabschluß in Soziologie sowie fundiertes Wissen auf dem Gebiet der Industriosozologie. Besonderer Wert wird auf Kenntnisse neuerer Theorien und Forschungsansätze gelegt, speziell solcher, die sich mit dem funktionalen Zusammenhang zwischen modernen Produktionstechnologien und Organisationsformen des Arbeitsprozesses beschäftigen. Darüber hinaus werden praktische Erfahrungen industriepsychologischer empirischer Forschung erwartet; Kenntnisse über die Computertechnologie sind wünschenswert.

Bewerbungen sind bis zum 29. 1. 1977 an Professor Dr. Ludwig von Friedeburg, Institut für Sozialforschung, zu richten.

Erwünschte Bewerbungsunterlagen: Lebenslauf, kurze Darstellung der wissenschaftlichen Interessenschwerpunkte und Angabe der wichtigsten wissenschaftlichen Arbeiten, Prüfungszeugnisse etc.

Im **Fachbereich Biologie** der Johann Wolfgang Goethe-Universität ist die Stelle eines

KRAFTFAHRERS UND BETRIEBSHANDWERKERS

(Lohngruppe MTL VI) zu besetzen.

Zu den Aufgaben des Stelleninhabers gehören umfangreiche Fahrverpflichtungen (z. B. Materialbeschaffungen und Exkursionen) und die Wartung eines Kleinbusses. Darüber hinaus wird die Mithilfe bei der Überwachung von technischen Versorgungseinrichtungen und die Durchführung kleinerer Reparaturen im gesamten Fachbereich verlangt. Zur Ausübung dieser Doppelfunktion ist eine gute handwerkliche Ausbildung wünschenswert.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind bis zum 15. Februar 1977 an den Dekan des Fachbereichs Biologie, Siesmayerstraße 70, 6000 Frankfurt am Main zu richten.

Im **Fachbereich Wirtschaftswissenschaften** ist zum 1. 2. 1977 die Stelle einer

VERWALTUNGSANGESTELLTEN

nach BAT VII zu besetzen. Die Stelle ist der Professur für allgemeine Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Marketing, zugeordnet.

Einstellungsvoraussetzungen: Gute Schreibmaschinenkenntnisse, Fähigkeit zu selbständigem Arbeiten. Erwünscht sind ferner Englischkenntnisse.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind zu richten an Prof. Dr. K. P. Kaas, Professur für allg. BWL, insbes. Marketing der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Mertonstraße 17, 6000 Frankfurt am Main.

Im **Fachbereich Biologie (Arbeitsgruppe Paläoanthropologie und Archäometrie)** ist die Stelle eines

TECHNISCHEN ASSISTENTEN

(BAT Vc) zu besetzen.

Arbeitsgebiet: mechanische u. chemische Vorbereitung von Knochenproben zur Datierung, Durchführung von Radiokarbon- und Aminosäuredatierungen, Anfertigen von Abgüssen.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen werden erbeten an: Prof. Protsch, Fachbereich 16 (Biologie), 6000 Frankfurt am Main, Siesmayerstraße 70.

An der **Professur für Hochschuldidaktik der Wirtschaftswissenschaften (Fachbereich Wirtschaftswissenschaften)** ist die Stelle einer

VERW. ANGESTELLTEN

(BAT VII) zu besetzen. Auf die neue Mitarbeiterin wartet ein Arbeitsplatz in einem kollegial zusammenarbeitenden Team und in angenehmen Institutsräumen. Der Aufgabenkreis umfaßt die Erledigung der Korrespondenz und der Schreibarbeiten, die Abwicklung des Publikumsverkehrs sowie allgemeine Sekretariats- und Verwaltungsarbeiten.

Bitte richten Sie Ihre Bewerbung an Herrn Prof. Dr. U. P. Ritter, Senckenberganlage 31, 6000 Frankfurt am Main, Tel. 0611 / 798 - 3813 oder - 3849.

Am **Institut für Pädagogische Psychologie** des FB 5 der Johann Wolfgang Goethe-Universität sind zwei Stellen eines

WISSENSCHAFTLICHEN MITARBEITERS

(BAT IIa) für zunächst 3 Jahre zu besetzen.

Aufgabengebiet: Dienstleistungen nach § 45 HUG, insbes. Mitarbeit in Forschung und Lehre sowie bei Aufgaben der Organisation der ständigen Betriebs Einheit „Institut für Pädagogische Psychologie“. Es wird im Rahmen der Möglichkeit Gelegenheit zu selbstbestimmter Forschung, insbesondere zur Arbeit an einer Dissertation/Habilitation gegeben.

Einstellungsvoraussetzungen: Diplom in Psychologie und besondere Kenntnisse auf dem Gebiet der Pädagogischen Psychologie. Erfahrungen auf dem Gebiet der Lehrerbildung werden gewünscht.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind bis zum 29. Januar 1977 an den geschäftsführenden Direktor des Instituts für Pädagogische Psychologie, Senckenberg Anlage 13-17, 6000 Frankfurt am Main, zu richten.

Im **Fachbereich 18, Geographie**, sind in der **BE Institut für Didaktik der Geographie** für das SS 1977 (vorbehaltlich der Zuweisung der finanziellen Mittel) folgende Beschäftigungen zu vergeben (Voraussetzung: 5. Fachsemester)

STUDENTISCHE HILFSKRÄFTE (ohne Abschluß)

1. für Prof. Fick mit dem Aufgabengebiet Assistenz bei Lehrveranstaltungen (50 Std.)
2. für Prof. Jäger mit dem Aufgabengebiet Assistenz bei Lehrveranstaltungen (50 Std.)
3. für Prof. Niemi mit dem Aufgabengebiet Assistenz bei Lehrveranstaltungen (50 Std.)
4. für Prof. Sulger mit dem Aufgabengebiet Assistenz bei Lehrveranstaltungen (50 Std.)
5. für Prof. Werle mit dem Aufgabengebiet Assistenz bei Lehrveranstaltungen (50 Std.)
6. für Bibliotheksarbeiten: 4 Stellen mit 35 Std.

Katalonien – Exkursion des Romanischen Seminars

In der Zeit vom 25. 9.–3. 10. 1976 führte das Romanische Seminar (Leitung: Prof. B. Schlieben-Lange) der Universität Frankfurt mit Unterstützung aus Universitätsmitteln eine Exkursion nach Barcelona und Perpignan durch. Das Ziel war, eine breitgefächerte Information über die aktuellen Probleme der politischen und sprachlichen Situation Kataloniens zu erhalten. Intensive Gespräche mit Repräsentanten verschiedenster Institutionen und Bereiche – wie dem Verlags- und Zeitungs- und dem der politischen Parteien, Kirchenvertretern und einigen des Unterrichts- und des kulturellen Bereichs – ermöglichten es, einen näheren Einblick in diese sehr für eine „Minderheit“ atypische Situation zu bekommen.

Interessant ist es, daß trotz jahrelanger Unterdrückung diese Bestrebungen nach politischer und sprachlicher Unabhängigkeit von allen Schichten der Bevölkerung mit bemerkenswertem Engagement vertreten werden – auch wenn man von einer gewissen Führung von bürgerlich-intellektueller Seite sprechen kann.

Anhand von drei Begriffen kann man kurz die aktuelle Diskussion in Barcelona aufzeigen, und zwar der „normalització“, der „oficialitat“ und der „cooficialitat“.

Die Forderung nach „normalització“ von Barcelona an Madrid impliziert Bestrebungen nach relativer Autonomie in politischer und sprachlicher Hinsicht. Sie ist Ausdruck des Protestes gegen die „kastilische“ Politik, gegen die Regierung in Madrid, die den Katalanen ihr Recht auf eine von Madrid unabhängige Politik aberkennen.

Auf die Forderung nach „normalització“ haben sich all die katalanischen Gruppen geeinigt, die in Opposition zu dem politischen Regime des Franco- und Nach-Franco-Staates stehen. In der größten Vereinigung katalanischer Gruppen bzw. Gruppierungen, in der „Assemblea de Catalunya“ werden zwar divergierende politische Standpunkte vertreten, doch in der Forderung nach „normalització“ sind sich alle einig: die Dominanz der zentralistisch orientierten Politik Madrids, die Barcelona lediglich Direktiven gibt, doch

kein Mitspracherecht, wird als „anormal“ angesehen. Dem stellen sie die Forderung nach politischer „Normalisierung“ entgegen, nach „Demokratisierung“ und „Dezentralisierung“.

Die Opposition der Katalanen richtet sich insbesondere gegen die Unterdrückung ihrer eigenen Sprache, die als „offizielle“ nicht zugelassen ist, vielmehr als „Dialekt“ des Kastilischen abgetan wird.

Mit der Zielsetzung der „normalització“ verbinden die Katalanen auch die Forderung, die katalanische Sprache einheitlich zu normieren, d. h. regionale Differenzen innerhalb des Katalanischen in einer gemeinsamen Schriftsprache zu überbrücken. Die derzeitige katalanische Schriftsprache ist wohl standardisiert, berücksichtigt aber nicht die in der katalanischen Umgangssprache vorhandenen Abweichungen, z. B. im südlichen Teil Kataloniens, Valencia und Mallorca.

Wenn heute in Katalonien viel von „normalització“ die Rede ist, so ist dies einerseits eine Forderung an Madrid nach politischer und sprachlicher Liberalisierung, andererseits aber auch eine an sich selbst gerichtete Bestrebung der Katalanen, das Katalanische einheitlich zu normieren, um somit die Voraussetzung zu schaffen, dem Katalanischen alle Bereiche des öffentlichen Lebens zu erschließen.

Nicht zu trennen von der Forderung nach „normalització“ ist die Frage, ob das Katalanische neben dem Kastilischen gleichberechtigt zu sein habe („co-oficialitat“) oder ob das Katalanische nicht die einzig zugelassene Amtssprache werden solle („oficialitat“).

Die „oficialitat“ wird von den Gruppen angestrebt, die der Vorherrschaft des Kastilischen die Forderung nach Anerkennung des Katalanischen als einziger Amtssprache entgegenhalten. Wenn die politische Normalisierung eingetreten sei, könne, so die „gemäßigeren“ Anhänger des Katalanischen, die „Zweisprachigkeit“ praktiziert werden. Die Vertreter der Zweisprachigkeit begründen ihr Ziel damit, daß mit der Zweisprachigkeit die Immigranten vor allem aus dem Süden Spaniens berücksichtigt würden. Die Be-

fürworter der „oficialitat“, die das Katalanische als einzig zugelassene Sprache gelten lassen wollen und auch nicht zwischen „langfristigen“ und „kurzfristigen“ Zielen unterscheiden, argumentieren dagegen, daß nur maximale Forderungen Aussicht hätten, gehört zu werden.

Die Vertreter der „oficialitat“ haben jüngst durch die Äußerungen des Madrider Ministerpräsidenten Suarez Auftrieb bekommen. Er, Suarez, glaube nicht, daß die Regio-

Preis für Dissertation

Den Preis der Vereinigung von Freunden und Förderern für den naturwissenschaftlichen Nachwuchs 1976 erhielt der Chemiker Dr. Ulrich Tröbs für seine Dissertation „Statistische Modellrechnungen an Atomen und kleinen Molekülen“. Mit Dr. Tröbs konkurrierte der Physiker Dr. Alois Loidl um den Preis der Freunde und Förderer. Beide Kandidaten hatten als einzige Naturwissenschaftler im Berichtszeitraum sowohl für die Dissertation als auch für die Prüfungen in ihrem Hauptfach und in ihren Nebenfächern die Note „Ausgezeichnet“ erhalten. Der Preis wurde durch Losentscheid vergeben.

Hier eine kurze Zusammenfassung der Dissertation von Dr. Ulrich Tröbs:

Die theoretische Chemie hat es sich zur Aufgabe gemacht, dem experimentell arbeitenden Chemiker Möglichkeiten zu bieten, mit deren Hilfe er physikalische und chemische Eigenschaften der für ihn wichtigen Stoffe voraussagen kann und die ihn in die Lage versetzen, die große Menge experimenteller Daten zu ordnen, damit Analogien leichter zu erkennen und zu deuten sind. Die Entwicklung von physikalisch-mathematischen Modellen hierfür ist – fußend auf der Quantenmechanik – in größerem Rahmen erst seit dem Einsatz von Großrechenanlagen möglich. Mit wachsender Elektronenzahl, d. h. Molekülgröße, überschreiten die meisten dieser Modelle

nalsprachen (Katalanisch, Baskisch, Galizisch) dafür gerüstet seien, daß man in ihnen über Wissenschaft reden könne. Eine Forderung nach Schulunterricht in diesen Sprachen sei deshalb „idiosyncratisch“. Diese Äußerungen riefen einen Sturm der Entrüstung hervor, da das Katalanische auf eine 800jährige wissenschaftssprachliche Tradition zurückblicken kann.

Die Teilnehmer der Exkursion veranstalten am Montag, 17. Januar 1977, 18.00 Uhr, im Romanischen Seminar, Gräfenstraße 76, Raum 313, eine Informationsveranstaltung und laden vor allem auch Interessenten aus anderen Fachbereichen ein.

Claudia Hartmann
Irmela Neu
Brigitte Schlieben-Lange

Personalien

Geschichtswissenschaften

Prof. Dr. Klaus Schwabe hielt auf Einladung des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes in Freiburg am 3. November 1976 einen Vortrag über das Thema: „Die Deutschlandpolitik der USA, 1941–1945“.

Neuere Philologien

Professor Willi Paul Adams hat eine Professur für Geschichte Nordamerikas (Bes. Gr. AH 5) an der Freien Universität Berlin zum Sommersemester 1977 angenommen.

Physik

Der AgCl-Detektor-Gruppe an der Universität Frankfurt (Leitung Prof. E. Schopper, Institut für Kernphysik, und Prof. E. Granzer, Institut für Angewandte Physik) wurde der von der Amerikanischen Raumfahrtbehörde NASA neugegründete Preis „NASA Group Achievement Award“ zuerkannt, „in Anerkennung ihrer außergewöhnlichen Beiträge zur Entwicklung und Durchführung der wissenschaftlichen Experimente im Apollo-Soyuz-Testprojekt, dem ersten internationalen bemannten Raumflug“. Er wurde außerdem persönlich an Prof. E. Schopper und Dr. J. U. Schott (Institut für Kernphysik) verliehen.

Prof. H. Bückner und Prof. E. Schopper wurden Mitglieder der Peers-Group Radiation im Bereich Life-Sciences der Europäischen Weltraum-Organisation ESA, Paris.

Prof. H. Bückner wurde von der Amerikanischen Raumfahrtbehörde NASA die – erstmalig an einen Nichtamerikaner verliehene – „NASA Medal for Exceptional Scientific Achievement“ zuerkannt „für eindrucksvolle und wissenschaftlich hervorragende Leistung beim Entwurf und der Entwicklung der erfolgreichen Biostack-Experimentserie im Apollo-16- und 17-Raumflug sowie der Apollo-Soyuz-Mission“.

Biologie

Prof. Dr. Hans-Ulrich Schnitzler ist in eine H 4-Professur für Tierphysiologie an der Universität Marburg eingewiesen worden.

Humanmedizin

Dr. Milan Klima ist zum H 3-Professor ernannt worden. Sein Fach ist „Anatomie“.

Präsident

Prof. Dr. Hans Jürgen Krupp wurde auf Vorschlag der Konferenz der Hessischen Universitätspräsidenten (KHU) Mitglied des Rundfunkrates beim Hessischen Rundfunk.

Am Seminar für Didaktik der Französischen Sprache und Literatur, Fachbereich 10, sind ab 1. April 1977 4 Stellen für

WISSENSCHAFTLICHE HILFSKRÄFTE OHNE ABSCHLUSS

(50 Stunden) zu besetzen. Aufgabenbereich für 3 Wissenschaftliche Hilfskräfte: Seminardienst, Bibliotheksdienst sowie Unterstützung in Forschung und Lehre. 1 Wissenschaftliche Hilfskraft mit ausgeprägtem linguistischen Interesse soll Prof. Stammerjohann zugeordnet werden. Voraussetzung für alle Bewerber: mindestens 4 Semester Studium. Bewerbungen sind an den Geschäftsführenden Direktor des Seminars für Didaktik der Französischen Sprache und Literatur, Georg-Voigt-Straße 4, zu richten.

Die Arbeitsgruppe Musikpädagogische Dokumentation im Fachbereich 9 Klassische Philologie und Kunstwissenschaften sucht ab sofort eine

WISSENSCHAFTLICHE HILFSKRÄFT (ohne Abschluß)

mit englischen Sprachkenntnissen für 20 Monatsstunden zur unterstützenden Tätigkeit einer internationalen Dokumentation (Überwachung englischsprachiger Nova). Bewerbungen sind zu richten an den Leiter der AG Prof. K. Felgner, Sophienstraße 1–3, Nebengebäude.

Im Institut für Angewandte Physik der Universität Frankfurt am Main ist ab sofort die Stelle eines

PHYSIK-LABORANTEN

(BAT VII) wieder zu besetzen, da der bisherige Inhaber in den Ruhestand getreten ist. Dem Laboranten obliegt in erster Linie die Betreuung und Instandhaltung der Geräte unserer physikalischen Praktika auf dem Gebiet der Elektrizitätslehre. Weiter wird seine Mithilfe bei Vorlesungsversuchen, bei physikalischen Messungen und beim Aufbau von Apparaturen und elektronischen Schaltungen in den Arbeitsgruppen erwartet. Bewerbungen bis zum 31. Januar 1977 an den Geschäftsführenden Direktor des Instituts für Angewandte Physik, 6 Frankfurt 1, Robert-Mayer-Str. 2–4, Herrn Prof. Dr. D. Wolf, Tel.: 06 11 - 7 98 23 85 / 23 90, erbeten.

Am Institut für Sport und Sportwissenschaften ist ab sofort die Stelle einer

BÜROANGESTELLTEN (1/2tags)

(BAT VII) zu besetzen. Kenntnisse in Stenographie und Maschinenschreiben sind erwünscht. Bewerbungen sind zu richten an den Geschäftsführenden Direktor des Instituts für Sport und Sportwissenschaften, Ginnheimer Landstraße 39, 6000 Frankfurt am Main.

Die Abteilung für studentische Angelegenheiten sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine(n)

VERWALTUNGSANGESTELLTE(N) (BAT VII)

für das Studentensekretariat im Schalterdienst. Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind bis zum 31. 1. 1977 an die Abteilung für studentische Angelegenheiten, Mertonstraße 17, 6000 Frankfurt am Main 1, zu richten.

Am Hochschulrechenzentrum (HRZ) ist ab 1. Februar 1977 eine Stelle über 80 Monatsstunden für eine

WISSENSCHAFTLICHE HILFSKRÄFT (ohne Abschluß)

zu besetzen. Aufgaben: Mitarbeit bei der Untersuchung und Implementierung von Grund- und Anwendungssoftware, Benutzerberatung.

Voraussetzungen: Der Bewerber sollte neben Kenntnissen des Betriebssystems der Anlage UNIVAC 1108 und Fortran-Kenntnissen Erfahrungen auf einem der folgenden Gebiete mitbringen:

- Statistik
- Algol 60
- PL/I
- Basic.

Bewerbungen richten Sie bitte an das Hochschulrechenzentrum (HRZ), Gräfenstraße 38, 6000 Frankfurt am Main 1, Telefon 798–2608.

Prof. Walther Kienast 80

Am 31. Dezember 1976 wurde der emeritierte ordentliche Professor für Mittlere und Neuere Geschichte Dr. phil. Walther Kienast achtzig Jahre alt. Der Jubilar begann seine akademische Laufbahn an der Universität seiner Heimatstadt Berlin. 1923 promovierte er bei Dietrich Schäfer mit „Die deutschen Fürsten im Dienste der Westmächte bis zum Tode Philipps des Schönen von Frankreich, Band I“, einem Buch das allgemeine Anerkennung fand. Band II, bis 1270 reichend, erschien 1931. Seinen Lehrern in Germanistik, Andreas Heusler und Gustav Roethe, und in Indogermanistik, Wilhelm Schulze, bewahrte er stets ein dankbares Andenken.

Im Mittelalter sind die Geschichte Deutschlands und Westeuropas, sowie allgemeine vergleichende Verfassungsgeschichte sein Forschungsgebiet. Neben seinen Büchern hat er durch zahlreiche Fachaufsätze viele Einzelfragen gefördert. 1933 habilitierte er sich in Berlin. 1939 wurde er Ordinarius in Graz, 1945 nach der Abtrennung Österreichs wieder entlassen; jahrzehntelang hielt er aber mit den alten Kollegen gute Verbindung. In den Nachkriegsjahren lebte er zunächst ohne Lehramt in Marburg. Es waren äußerlich bittere Jahre, die aber wissenschaftlich reichen Ertrag brachten. Die Westdeutsche Bibliothek und die Marburger Universitätsbibliothek ermöglichten ihm weitgespannte Untersuchungen, die in dem 1952 erschienenen Buch „Untertaneneid und Treuvorbehalt in Frankreich und England“ ihren Niederschlag fanden.

Nachdem er seit 1948 einen Lehrauftrag an der Frankfurter Universität hatte und 1953 kurz Dozent an der TH Darmstadt war, wurde er auf Grund des letztgenannten Werkes 1953 Extraordinarius in Frankfurt, 1954 persönlicher, 1958 wirklicher Ordinarius. 1962 ließ er sich emeritieren, um sich ganz der wissenschaftlichen Arbeit zu widmen.

Der Ertrag der folgenden Jahre war reich. 1968 erschien „Der Herzogstitel in Frankreich und Deutschland (9.–12. Jh.“ im selben Jahr „Studien über die französischen Volksstämme des Frühmittelalters“. 1974/75 kam in drei Bänden „Deutschland und Frankreich in der Kaiserzeit (900–1270). Weltkaiser und Einzelkönige“ heraus. Das Werk war 1943, als schmaler Band, mitten im Krieg schon einmal erschienen (ohne den Untertitel) und wurde völlig neu bearbeitet. Die objektive Haltung der 1. Auflage, die schon damals gegenseitiges Verständnis als



Hauptzweck des Buches herausstellte, wurde auch in Frankreich anerkannt. Eine viele Jahre lang geplante und vorbereitete Geschichte Philipps des Schönen von Frankreich konnte er, zu seinem Kummer, nach seinem Weggang aus Berlin aus Bibliotheksgründen nicht schreiben. Als ein Bruchstück erschien 1934 in der Historischen Vierteljahrsschrift „Der Kreuzzug Philipps d. Sch. gegen Aragon“; Otto Hinze bemerkte hierzu, wie Kienast gern erzählte: könne er den Ton durchhalten, entstünde ein Werk echter Geschichtsschreibung.

Zahllose Lehrer, Studenten und Schüler benutzen eines der bekanntesten Nachschlagewerke, „den Ploetz“; Kienast zeichnet hier seit der 24. Auflage (1951) für den größten Teil des Mittelalters verantwortlich.

Einen großen Teil seiner Arbeitszeit widmete der Jubilar einem der wichtigsten wissenschaftlichen Fachorgane, der „Historischen Zeitschrift“. Seit 1927, zunächst als Sekretär seines Lehrers für Neuere Geschichte, Friedrich Meinecke, betreute er den Rezensionsteil; 1950 wurde er Mitherausgeber; 1968 schied er aus der Redaktion aus. Bis heute ist Kienast Herausgeber der „Sonderhefte“ der HZ, die Literaturberichte zur ausländischen Geschichte bringen.

Der sogenannten Studentenbewegung, die er nicht mehr im aktiven Dienst erlebte, stand er ablehnend gegenüber, weil die Aufweichung von Leistungskriterien eine Senkung des wissenschaftlichen Standards zur Folge hatte. Dem inzwischen weithin bekannten Offenen Brief seines zweiten Amtsnachfolgers Peter Herde an den Hessischen Kultusminister stimmte er im ganzen zu. Parteipolitische und ideologische Gesichtspunkte innerhalb des Faches steht er mit tiefster Abneigung gegenüber. Andererseits erkennt er an, daß die Auseinandersetzung mit marxistischem Gedankengut den Blick auf Fragen der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte gelenkt hat, die früher ungebührlich vernachlässigt wurden.

Mit Walther Kienast tritt ein Gelehrter ins neunte Lebensjahrzehnt, dessen Rang erst unlängst durch die Berufung zum Korrespondierenden Mitglied der „British Academy“ gewürdigt worden ist. Von sich selbst machte er nie Aufheben. Wissenschaftlichem Betrieb war er abhold, wußte aber genau Bescheid. Selbst von eiserner Arbeitsdisziplin, ist er stets bereit zur Anerkennung anderer und, noch wichtiger, jederzeit offen für Kritik an seiner Arbeit im Bewußtsein, daß die Forschung über redlich bemühte, größtmögliche Annäherung an die Wahrheit nie hinauskommt. **Günter Rauch**

Prof. Horst Stuke †

Am 25. Dezember 1976 ist im Alter von 48 Jahren Professor Dr. Horst Stuke nach kurzer Krankheit gestorben. 1972 an die Universität Frankfurt am Main berufen, vertrat er am Historischen Seminar das Fach der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte.

Nach dem Studium der Philosophie und Geschichte in Münster wurde er daselbst 1958 mit einer Untersuchung über „Philosophie der Tat: Studien zur ‚Verwirklichung der Philosophie‘ bei den Junghegelianern und den Wahren Sozialisten“ promoviert. Sein zwischen Philosophie und Geschichte angesiedeltes Arbeitsfeld wurde unter dem Einfluß seines Lehrers Werner Conze durch Forschungen zur Sozialgeschichte einerseits, zur Philosophie-, Ideologie- und Begriffsgeschichte andererseits bestimmt. Stukes von der Fach-

welt anerkannte Veröffentlichungen mögen die Strenge der Maßstäbe demonstrieren, denen er sich wissenschaftlich verpflichtet fühlte.

Seit 1957 war er an dem Ausbau des in Heidelberg neu gegründeten Instituts für moderne Sozialgeschichte maßgeblich beteiligt und zuletzt als stellvertretender Vorsitzender des Heidelberger Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte tätig. Das Frankfurter Historische Seminar, dessen geschäftsführender Direktor er vom Jahre 1974 an war, verdankt Horst Stukes Tätigkeit in Forschung und Lehre jene unentbehrliche Bereicherung der historischen Blickrichtung, die sich aus der Beschäftigung mit den Inhalten und Methoden der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte für das Verständnis der allgemeinen Geschichte fruchtbar ergibt.

Prof. Gottfried Weber 80

Am 17. Januar 1977 feiert Professor Dr. Gottfried Weber, emeritierter Ordinarius für Deutsche Philologie an der Johann Wolfgang Goethe-Universität, seinen 80. Geburtstag. Gottfried Weber kann an diesem Tag auf mehr als ein halbes Jahrhundert erfolgreicher Lehr- und Forschungstätigkeit zurückblicken. Nach seinem Studium in München und mehrjähriger Assistententätigkeit in Berlin habilitierte er sich 1926, also vor fast genau fünfzig Jahren, mit einer Arbeit über Wolfram von Eschenbach. 1930 ging er als ordentlicher Professor für Ältere Deutsche Philologie

Das wissenschaftliche Interesse Gottfried Webers galt und gilt in erster Linie der Dichtungs- und Geistesgeschichte des hohen Mittelalters. Durch seine Arbeiten auf diesem Gebiet hat er sich einen bleibenden Platz in der Geschichte der deutschen Literaturwissenschaft gesichert. So war er einer der ersten, der die Notwendigkeit, mittelalterliche Dichtung aus ihren eigenen geistigen Voraussetzungen zu begreifen, erkannt und ihr in seiner Forschung Rechnung getragen hat. Bahnbrechend in dieser Hinsicht war sein 1948 erschienenes Buch über Wolframs „Parzival“, dem 1953 eine zweibändige Untersuchung über den „Tristan“ und 1963 eine Untersuchung über das „Nibelungenlied“ folgten. Gemeinsam ist seinen Arbeiten die enge Verbindung von Textinterpretation und umfassend angelegter ideengeschichtlicher Analyse, die auf einer profunden Kenntnis mittelalterlicher Theologie und Philosophie basiert. Durch sie hat er der Forschung eine Fülle neuer Einsichten in das Wesen mittelalterlicher Dichtung erschlossen und ihr Wege gewiesen, auf denen sie erfolgreich weiterarbeiten kann.



nach Königsberg, 1939 nach Köln und wurde 1954 als Nachfolger Julius Schwieterring nach Frankfurt am Main berufen. Bis zu seiner 1965 erfolgten Emeritierung hat er die Geschicke der Frankfurter Philosophischen Fakultät in tatkräftiger Weise mitbestimmt. Daß sich das Deutsche Seminar, das er zeitweilig allein leitete, aus relativ bescheidenen Anfängen zu einem stattlichen Institut entwickelt hat, das heute über eine Vielzahl von Forschungsrichtungen und Mitarbeitern verfügt, ist wesentlich auf seine Initiative zurückzuführen. Seine Vorlesungen über die deutsche Dichtung des hohen Mittelalters zogen in wachsender Zahl Hörer anderer Fakultäten an und haben der Germanistik an der Frankfurter Universität weit über die Grenzen des Faches hinaus Ansehen und Geltung verschafft. **Barbara Köneker**

Nach seiner Emeritierung hat Gottfried Weber seine lebenslange Beschäftigung mit Wolfram von Eschenbach wieder aufgenommen. Seine bislang letzte Veröffentlichung über den „Willehalm“ geht auf einen Vortrag vor der Wissenschaftlichen Gesellschaft der Universität Frankfurt zurück, zu deren langjährigen Mitgliedern er zählt. Wie alle früheren Arbeiten läßt auch dieser Aufsatz noch einmal erkennen, worauf neben seinen wissenschaftlich bedeutsamen Leistungen Gottfried Webers Erfolg und einmalige Ausstrahlungskraft als Lehrer beruhte: Nämlich auf der in dieser Form heute nur selten noch anzutreffenden Verknüpfung von wissenschaftlichem und persönlichem Engagement, durch welche es ihm wie wenig anderen Gelehrten gelang, den Ertrag seiner Forschungen anderen nahezubringen und sie zu eigener Arbeit anzuregen. Seine ehemaligen Kollegen, Mitarbeiter und Schüler gratulieren ihm herzlich zur Vollendung seines 80. Lebensjahrs und denken an diesem Tag an ihn mit Dankbarkeit und Verehrung. **Barbara Köneker**

Goldenes Doktorjubiläum von Professor Michael Evenari

Am 20. Dezember 1976 jährte sich zum 50. Male die Promotion von Dr. phil. nat. Michael Evenari, emeritierter Professor für Botanik an der Hebräischen Universität Jerusalem und weltbekannter Pflanzenökologe. Der Fachbereich Biologie der Universität Frankfurt beging dieses Jubiläum am 16. Dezember mit einer gut besuchten Feierstunde, bei der der rüstige, erst 72jährige Jubilar selber den Festvortrag hielt. Eine Reihe von Fachkollegen aus verschiedenen Teilen der Bundesrepublik kamen zu der Feier nach Frankfurt.

Der Jubilar wurde 1904 in Metz geboren. Weil die Eltern Deutsche bleiben wollten, mußte die Familie 1918 Lothringen verlassen und kam über Berlin und Marburg nach Frankfurt. An der jungen Universität begann Walter Schwarz, so hieß er damals, das Studium von Botanik, Zoologie und Physik. Am 20. Dezember 1926 bestand er im Alter von nur 22 Jahren das Rigorosum mit der Note sehr gut. Doktorvater war der Botaniker Martin Möbius.

Fruchtbare Assistentenjahre folgten in Frankfurt bei Mar-

tin Möbius, in Prag bei Ernst G. Pringsheim und in Darmstadt bei Friedrich Oehlkers und Bruno Huber. Die Arbeiten dieser Jahre erstreckten sich von der Pflanzenanatomie, besonders der physiologischen Anatomie, über die Entwicklungsgeschichte bis hin zur Entwicklungsphysiologie. Kennzeichen schon dieser Periode ist die erstaunliche Breite; die Veröffentlichungen verraten auch genetische und cytologische, floristische und historische Interessen. Eben habilitiert mußte er Deutschland verlassen, ging nach Palästina und nahm dort seinen neuen Namen an.

An den Schriften, es sind bisher etwa 150, darunter mehrere Bücher, beeindruckt die Fülle der bearbeiteten Probleme nicht weniger als deren ungewöhnlich weite Streuung und bemerkenswerte Originalität. Hier können nur Stichworte aufgezählt werden: Cytologie, Anatomie, Anpassungen, Entwicklungsgeschichte, Entwicklungsphysiologie, Wasserhaushalt, Stoffwechselphysiologie, Florenbestand, Pflanzenverbreitung, Massenkultur von Grünalgen. Die Ökologie (unter Einschluß von Tieren) greift noch weit dar-

über hinaus. Besonders die sehr zahlreichen und tief eindringenden Arbeiten über die Physiologie von Samenruhe und Samenkeimung und über die Wüstenökologie haben sein hohes Ansehen in der Wissenschaft der ganzen Welt begründet. Mit seinen ökologischen Arbeiten knüpfte Michael Evenari seinerzeit an Arbeiten des jetzt 88jährigen Darmstädter Pflanzenökologen Otto Stocker an, der in ungebrochener Rüstigkeit der Feier beiwohnte und ihr damit eine besonders festliche Note verlieh.

Auf Grund eigener historischer Studien über wüstenlandwirtschaftliche Methoden vor 1500 Jahren hat der Jubilar mit Erfolg eine Farm in der Wüste aufgebaut. Er hat so mitgeholfen, die Existenzmöglichkeiten seines Volkes zu sichern und zu erweitern. Diese Aufgabe sowie Untersuchungen zur Wüstenökologie beschäftigen ihn weiterhin. Die Gesellschaft der Freunde der Hebräischen Universität Jerusalem in Frankfurt gab im Anschluß an die Feierstunde für alle Teilnehmer einen vom Fachbereich Biologie dankbar begrüßten Empfang. **Th. B.**